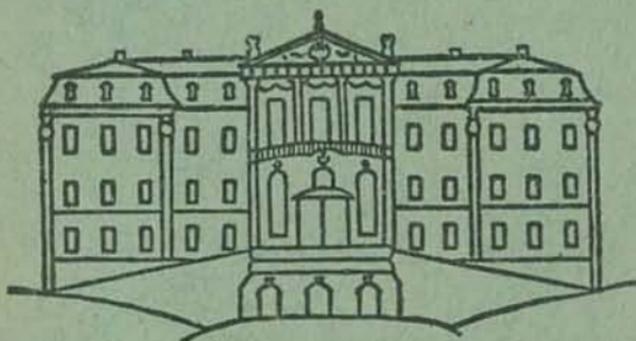


Hefte aus Burgscheidungen

---

Gerald Götting

Christen arbeiten mit, planen mit  
und regieren mit



101

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“  
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

---

Gerald Götting

Christen arbeiten mit, planen mit  
und regieren mit

Referat auf einer Tagung  
des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU  
mit Theologen am 3. September 1963  
in der Lutherhalle in Wittenberg

1963

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“  
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

In allen Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik ist die Wahlbewegung in vollem Gange. Wir führen die Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen zum erstenmal in einer neuen Form durch, in der sich eine neue, höhere Entwicklungsstufe unserer sozialistischen Demokratie widerspiegelt. Sowohl die Zentrale Wahlkommission als auch die Wahlkommissionen in den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden werden nicht mehr durch Staatsfunktionäre geleitet, sondern von berufenen Vertretern des Volkes. Den rund 10 000 Wahlkommissionen gehören Bürger aus allen Schichten der Bevölkerung an. Damit liegt die Wahlbewegung in allen ihren Etappen ganz in den Händen des Volkes. Das verpflichtet jeden Bürger und nicht zuletzt uns Christen zu verantwortungsbewußter Mitarbeit.

In seiner Erklärung vor der Volkskammer hat der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, am 31. Juli 1963 einen umfassenden Bericht über die erfolgreiche Entwicklung aller Gebiete unseres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens während der letzten Jahre vorgelegt. Er machte dabei gleichzeitig die beglückende Perspektive sichtbar, die sich unserem Staat und jedem einzelnen seiner Bürger eröffnet: Mitgestalter an der friedlichen sozialistischen Zukunft unserer ganzen Nation zu sein.

Die Bezirkstage haben in den letzten Wochen ebenfalls Rückschau gehalten. In ihren Rechenschaftsberichten ist deutlich geworden, daß das eigentliche Wirtschaftswunder in Deutschland in unserer Republik geschaffen wurde. Trotz der im Vergleich zu Westdeutschland ungleich schlechteren Ausgangsposition, trotz der Verluste, die die westdeutschen Imperialisten uns auf Grund der bis zum 13. August 1961 offenen Grenze zufügten, haben wir eine leistungsstarke Volkswirtschaft geschaffen, die uns heute einen Platz unter den zehn führenden Industriestaaten der Welt sichert. Das ist uns nicht in den Schoß gefallen. Die befreite und geeinte Schöpferkraft des werktätigen Volkes ist das Geheimnis unserer Erfolge. Weil wir in einer früher nie gekannten Weise miteinander — statt gegeneinander — arbeiten, können wir heute diese eindrucksvolle Bilanz ziehen.

In dem Wahlaufuf, den der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland auf seiner Tagung am 21. August verabschiedete, wird lapidar festgestellt: „Wir haben in den letzten Jahren ein festes Fundament geschaffen, auf dem wir

gut weiterbauen können. Wir haben unsere Wirtschaft entwickelt, das Gesicht unseres Landes verändert. Unsere sozialistische Menschengemeinschaft formt und festigt sich... Gemeinsam haben wir gearbeitet. Gemeinsam prüfen wir das Erreichte. Gemeinsam stecken wir die neuen Ziele ab."

Diese Sätze wenden sich nicht nur an alle Bürger unseres Staates, hinter ihnen stehen alle: Arbeiter und Genossenschaftsbauern, Lehrer und Wissenschaftler, Handwerker und Gewerbetreibende, Christen und Nichtchristen. Jawohl, auch die christlichen Bürger unseres Staates sprechen diese Sätze mit. Haben sie doch bei der Lösung der politischen und wirtschaftlichen Aufgaben zur Stärkung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates nicht abseits gestanden. Im Gegenteil! Auf allen Lebensgebieten haben Christen aktiv und schöpferisch mitgearbeitet. Ihr Beitrag ist von der demokratischen Öffentlichkeit anerkannt und gewürdigt worden.

So ist es ganz natürlich, wenn wir uns in der Wahlbewegung zusammenfinden, um uns die Frage zu stellen: Hat sich unsere Mitarbeit gelohnt? Welche Erfahrungen haben wir in der Zusammenarbeit mit allen anderen demokratischen Kräften gemacht? Welche besonderen Erfolge haben wir errungen? Vor welchen Schwierigkeiten stehen wir?

Wir sind zur Erörterung dieser Fragen in der Lutherstadt Wittenberg zusammengekommen. Unsere Beratung findet an einem ebenso ehrwürdigen wie traditionsreichen historischen Ort statt: in dem Hause, in dem Dr. Martin Luther jahrelang gewohnt und gewirkt hat. Wir wollen nicht allzusehr in die Vergangenheit abschweifen, obwohl gerade in unserem Staat alle humanistischen und progressiven Bewegungen in der Geschichte unseres Volkes aufgenommen und fortgeführt werden. Lassen Sie mich nur auf einen Punkt hinweisen, an dem die Verwandtschaft der Situation Martin Luthers mit der, in der wir als Bürger und Christen stehen, sichtbar wird: Auch Luther lebte in einer Zeit großer gesellschaftlicher Wandlungen. Er wußte etwas davon, daß eine Erneuerung der Kirche (um die es ihm als Theologen natürlich in erster Linie ging) nicht geschehen könne ohne eine tiefgreifende Umgestaltung der mittelalterlichen Gesellschaft. So suchte er sich als Christ und als Bürger der Herausforderung seiner Zeit zu stellen.

Das ist auch die Frage, die vor uns steht: daß wir der Größe unserer Zeit gerecht werden. In vielem mag der Christ heute vor ähnlichen Problemen stehen wie unsere Vorväter im 16. Jahrhundert. An einem ganz entscheidenden Punkte jedoch ist unsere Situation heute anders: Zum erstenmal in der deutschen Geschichte hat in unserem Staat das Volk sein Geschick in die eigene Hand genommen. Dank der revolutionären Kraft der Arbeiterklasse und ihrer Partei eröffnen sich vor uns ganz neue Möglichkeiten der Gestaltung des Volkslebens im Sinne der Menschenwürde und Brüderlichkeit, der Freiheit und Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und der Lebensfreude. Diese neuen, beglückenden Möglichkeiten aber legen uns allen eine

Verantwortung auf, wie sie noch kaum von einer Generation in der Geschichte unseres Volkes getragen werden mußte. Es ist eine Verantwortung, der keiner für sich allein standhalten kann, sondern die allein wahrgenommen werden kann von der großen sozialistischen Menschengemeinschaft, deren Glieder wir alle sind.

## I.

Es liegt auf der Hand, daß im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel die Frage nach Krieg oder Frieden das Hauptproblem der Menschheit ist. Walter Ulbricht hat in seiner Erklärung vor der Volkskammer darauf hingewiesen, daß „gerade für das deutsche Volk, für die dichtbesiedelten deutschen Staaten, der erfolgreiche Kampf gegen atomare Rüstung und thermodynamischen Krieg im buchstäblichen Sinne eine Frage von Sein oder Nichtsein“ ist.

Der Maßstab dafür, ob ein Staat oder auch jeder einzelnen Aufgaben unserer Zeit gerecht wird oder nicht, liegt deshalb heute in der Frage nach seinem Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens. Wenn es nach der Überwindung der Krise im karibischen Raum noch eines Beweises bedurft hätte für die Zielstrebigkeit und Verantwortlichkeit der Friedenspolitik der Sowjetunion und der mit ihr verbundenen sozialistischen Staaten, dann ist dieser Beweis durch zwei Tatbestände der letzten Wochen in überzeugender Weise geliefert worden:

einmal durch den Abschluß des Moskauer Teil-Teststopp-Abkommens

und zum anderen durch die prinzipiellen Auseinandersetzungen mit der nicht dem Frieden dienenden Politik der Führer der Kommunistischen Partei Chinas.

Lassen Sie mich zunächst einige kurze Bemerkungen zur Haltung der Führer der Volksrepublik China machen. Dabei handelt es sich um eine Angelegenheit, die nicht nur die internationale Arbeiterbewegung betrifft. Die chinesischen Führer haben in letzter Zeit eine Position bezogen, die der Erhaltung des Weltfriedens nicht dienlich ist. Wo es aber um die Frage des Friedens geht, sind alle Menschen in allen Ländern betroffen. Wir sind tief davon betroffen, daß die Stellungnahmen der Führer der chinesischen Volksrepublik die Einheit des sozialistischen Lagers bedrohen, daß sie die Kampffront der Friedenskräfte in der Welt schwächen und Wasser auf die Mühlen der Imperialisten leiten. Sie spielen in einer unverantwortlichen Weise mit dem Gedanken an einen Krieg, von dem sie meinen, daß er einen Ausweg aus ihren Schwierigkeiten zeige. Sie verleumden dabei die konsequente und von allen friedliebenden Menschen dankbar begrüßte und unterstützte Friedenspolitik der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten sozialistischen Staaten. Sie lehnen den Beitritt zum Moskauer Abkommen über die teilweise Einstellung der Atomversuche ab, das einen wesentlichen Schritt zur Entspannung und zur Stabilisierung des Weltfriedens darstellt.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat in der vergangenen Woche eine Erklärung abgegeben, in der sie die Politik der Volksrepublik China, die im Endeffekt die Pläne der westdeutschen Revanchisten und Militaristen unterstützt, verurteilt und in der sie gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die chinesische Regierung auf den gemeinsamen Weg der sozialistischen Staaten zurückfindet.

Wir können der Sowjetunion mit ihrem Ministerpräsidenten Chruschtschow nicht dankbar genug sein, daß sie zusammen mit unserer Republik und den anderen sozialistischen Staaten unbeirrbar und konsequent den komplizierten, aber im Interesse der Erhaltung des Friedens einzig möglichen Weg der friedlichen Koexistenz beschreitet. Gerade darin kommt die tiefe Menschlichkeit und Weisheit der sozialistischen Politik zum Ausdruck. Darin wird erneut sichtbar, daß Sozialismus-Kommunismus wirklich Frieden bedeutet.

Was das Moskauer Abkommen anlangt, so sollten wir uns vor Augen halten, daß es zustande gekommen ist auf Grund der Initiative des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow. Bei seinem letzten Aufenthalt in der Hauptstadt der DDR unterbreitete der sowjetische Staatsmann den Vorschlag, sich bei einer Vereinbarung über die Einstellung der Atomtests zunächst auf die Versuche in der Atmosphäre, im Kosmos und unter Wasser zu beschränken. Er tat dies in dem Wissen darum, daß schon ein erster Teilerfolg in dieser Frage von großer Bedeutung ist, weil er beweist, daß Vereinbarungen im Interesse des Friedens auch zwischen Staaten mit unterschiedlichen politischen Auffassungen und gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen getroffen werden können. Die weltweite positive Resonanz, die dieses Teilabkommen bei allen friedliebenden Menschen gefunden hat, bestätigt die Richtigkeit dieser Auffassung. Bisher haben mehr als 80 Staaten ihren Beitritt zu dem Abkommen erklärt, das damit ein wichtiges Mittel bei der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz geworden ist.

Daß zahlreiche imperialistische Regierungen teilweise gegen ihren Willen zur Unterzeichnung dieses Abkommens gezwungen wurden, macht besser, als alles andere deutlich, in welchem Umfang das politische und moralische Gewicht der Friedenskräfte in der Welt zugenommen hat. Zahlreiche christliche Bürger haben mit Recht erklärt, daß ihnen am Zustandekommen des Moskauer Abkommens zum erstenmal wirklich klar geworden sei, daß ihr persönlicher Einsatz nicht wertlos sei. Sie erkennen, daß das unermüdliche Eintreten von Millionen Menschen in allen Ländern für die Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung in der Welt zu diesem Erfolg geführt hat. In der Tat, es lohnt sich, sich in die Front dieser Friedenskräfte einzureihen.

Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrages durch die Vertreter der UdSSR, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens erklärte der Vorsitzende des Staatsrates der DDR

die Bereitschaft unseres Staates zum Beitritt zu diesem Abkommen. Der Beitritt, der ganz in der Konsequenz unserer Politik des Friedens und der Verständigung liegt, wurde inzwischen in Moskau vollzogen. Damit handelte die DDR als gleichberechtigter Teilnehmerstaat im Interesse des ganzen deutschen Volkes.

Daß die Regierung in Bonn zunächst demonstrativ das Moskauer Abkommen ablehnte, offenbart nur ein weiteres Mal den entspannungs- und friedensfeindlichen Charakter ihrer Politik. Der Abschluß des Vertrages kam den nach Atomwaffen verlangenden Revanchisten und Militaristen höchst ungelegen. Es bedurfte erst des Druckes der Weltöffentlichkeit, um Bonn wenigstens zu einer taktischen Überprüfung seiner Haltung zu bewegen. Vor allem aber haben die wachsenden Friedenskräfte in Westdeutschland selbst und das Beispiel der konsequenten Friedenspolitik unseres Staates schließlich die Bundesregierung gezwungen, ihren Beitritt zu erklären. Daß die meisten Vertreter der Adenauer-Regierung dies gleichsam nur mit Zähneknirschen taten, beweisen die Kommentare der westdeutschen Presse.

Diese Tatsache kommt vor allem auch darin zum Ausdruck, daß die Bonner Regierung ihre Unterzeichnung mit einer Aktion verband, die nur als Störungsversuch gegenüber allen Entspannungsbemühungen, als bewußte Forcierung des kalten Krieges verstanden werden kann. Sie ließ den Signatarmächten des Moskauer Abkommens Noten zustellen, in denen sie den Anspruch auf Alleinvertretung aller Deutschen erhebt. Diese provokatorische Proklamation enthüllt den aggressiven Revanchismus der Bonner Politik, die die Deutsche Demokratische Republik bereits zu dem Territorium rechnet, das sie sich einzuverleiben die Absicht hat.

Gerade als christliche Bürger des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates können wir diesen revanchistischen Anspruch nur auf das entschiedenste zurückweisen. Wir verbitten uns, daß Leute, die schon einmal den deutschen Namen in der Welt in Schande gebracht haben, heute abermals in unserem Namen vor der Welt zu sprechen vorgeben. Wir sind der Regierung der UdSSR von Herzen dankbar, daß sie die anmaßenden Erklärungen Bonns zurückgewiesen und in Noten an die Regierungen der USA und Großbritanniens die Haltung Bonns als „unangebracht und dem Geist des Moskauer Abkommens widersprechend“ bezeichnet hat.

Die Bonner Aktion zeigt, daß die volksfeindliche Politik der Adenauer-Regierung zwar eine Niederlage erlitten hat. Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, daß diejenigen in Westdeutschland, die die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges korrigieren wollen, sich damit bereits geschlagen geben. Es ist die große und gewiß nicht einfache Aufgabe aller friedliebenden Bürger in Westdeutschland, ihrem Wunsch nach Verständigung und Entspannung immer nachdrücklicher Gehör zu verschaffen. Dabei sollten gerade unsere christlichen Brüder und Schwestern

in der vordersten Reihe stehen; denn christliches Zeugnis kann heute nur dort glaubwürdig sein, wo es sich mit einem entschiedenen Eintreten für den Frieden verbindet.

Vor wenigen Tagen haben kirchliche Persönlichkeiten aus der DDR einen Offenen Brief an ihre Amtsbrüder in der Bundesrepublik gerichtet. Sie begrüßen darin die Erklärung des Rates der EKD zu den Kriegsverbrecherprozessen und ermutigen die Christen in Westdeutschland, Konsequenzen aus dieser Erklärung zu ziehen. Sie schreiben: „Gerade im Blick auf diese zentralen Ausführungen der Erklärung vermissen wir jedoch die notwendigen Konsequenzen. Wenn die ‚Bereinigung unserer Vergangenheit‘, die ‚innere Wiedergenesung unseres Volkes‘, die ‚Wiederherstellung tragfähiger Fundamente für den Neubau unseres ganzen deutschen Lebens‘ und die ‚Säuberung eines schwer beschmutzten Nestes‘ als Aufgabe herausgestellt werden, dann müssen die Schlußfolgerungen doch eine echte Umkehr einschließen, deren Entsprechung auf gesellschaftlich-politischem Gebiet eine entschlossene Wende zum Inhalt haben muß. Eine solche Umkehr können wir uns freilich schwer vorstellen, wenn nicht auch die Namen derjenigen offen ausgesprochen werden, die als erste für die geforderte ‚Säuberung‘ in Betracht kommen. Ihre Träger befinden sich schon seit langem wieder in einflußreichen Positionen. Sie leiten in der Bundesrepublik als Staatssekretäre Ministerien, sie befehligen Bundeswehr und Polizei, sie sitzen an den Hebeln der ‚Justiz‘. Solange man nicht darauf dringt, daß diese schwerbelasteten Personen aus dem öffentlichen Leben entfernt werden, wird allen abstrakten Forderungen die wirklich durchgreifende Beherzigung versagt bleiben.“

Damit legen sie den Finger auf die brennendste Wunde im öffentlichen Leben der Bundesrepublik: die Besetzung verantwortlicher Stellen in Staat, Justiz, Wirtschaft und Militär mit alten Nazis. Sie nehmen im Schluß ihres Briefes die Friedens- und Verständigungsvorschläge unserer Republik auf, weil diese Vorschläge auch Westdeutschland eine Alternative der politisch-ethischen Neuorientierung zeigen, ohne die die Vergangenheit nicht wirklich „bewältigt“ werden kann. Sie schreiben: „Um der Menschheit und der Menschlichkeit, um unseres Volkes und um unserer Kirche willen bitten wir Sie: Helfen Sie mit, daß sich auch in der Bundesrepublik die Bereitschaft zu Vereinbarungen der Vernunft und des guten Willens durchsetzt. Wir meinen, daß der Verzicht auf Aufrüstung, Atombewaffnung und die Absicht gewaltsamer Veränderung der bestehenden Grenzen, auf Diffamierung und Diskriminierung den Interessen unseres ganzen Volkes entspricht. Gegenseitige Anerkennung und Respektierung der jeweiligen gesellschaftlichen Strukturen, normaler Reiseverkehr, Handelsbeziehungen und Zusammenarbeit würden der allgemeinen Wohlfahrt zugute kommen, würden aber auch segensreich und förderlich für Christenheit und Kirche sein.“

Zu dem Kreis der Unterzeichner gehören Theologen der verschiedensten kirchenpolitischen Richtungen und theologischen

Orientierungen. Neben Professor D. Leipoldt und Oberkirchenrat Lotz stehen Vertreter des Weißenseer Arbeitskreises, der Dekan der Theologischen Fakultät der Universität Greifswald, Professor Dr. Bandt, und Pfarrer Bassarak, neben dem Vorsitzenden des Regionalausschusses der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR, Professor D. Schmauch, der bekannte Organist Nationalpreisträger Professor Johannes Ernst Köhler, Universitätstheologen wie Professor Dr. Christoph Haufe, Leipzig, und Assistent Wendelborn, Rostock, Vertreter des Bundes evangelischer Pfarrer in der DDR, wie dessen Vorsitzender, Götz Bickelhaupt, und Dr. Berger, neben Gemeindepfarrern wie Gottfried Schautschick und Norbert Buske die Laienvertreter der Landessynoden Dietrich Affeld, Greifswald, und Walter Günther, Zwönitz, neben dem mecklenburgischen Propst Scheiding der bekannte Leiter der Lobetaler Anstalten, Pastor Karl Pagel. Diese Zusammensetzung des Unterzeichnerkreises zeigt, daß die konsequente Friedenspolitik der DDR die Zustimmung der verschiedensten kirchlichen Richtungen und Kreise findet.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang aber noch einmal auf den Moskauer Vertrag zurückkommen. Seine große Bedeutung liegt nicht nur darin, daß mit seinem Abschluß der die Gesundheit aller Menschen bedrohenden radioaktiven Verseuchung der Luft und des Erdbodens Einhalt geboten wird; sie liegt vor allem auch in dem Umstand, daß die Erzielung eines Übereinkommens zwischen den Weltmächten über eine erste konkrete Maßnahme auf dem Wege zu einer allmählichen Verminderung der Kriegsgefahr das Mißtrauen in der Welt abbauen hilft und eine Atmosphäre des Vertrauens wachsen läßt. Das aber ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen für eine schrittweise Lösung anderer brennender Weltprobleme. Um diese positive Entwicklung zu fördern, hat die Deutsche Demokratische Republik abermals die Initiative ergriffen und neue Vorschläge zur Normalisierung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten zueinander unterbreitet. In Anknüpfung an seinen auf dem VI. Parteitag der SED vorgelegten 7-Punkte-Vorschlag führte Walter Ulbricht am 31. Juli 1963 vor der Volkskammer aus:

„1. Fangen wir mit ganz einfachen Sachen an. Das jetzt in Moskau abgeschlossene Abkommen über die Einstellung nuklearer Versuchsexplosionen in der Atmosphäre, unter Wasser und im Weltraum sollte es erleichtern, daß beide deutsche Staaten feierlich Verzicht leisten auf jegliche atomare Rüstung, daß beide deutsche Staaten sich dafür einsetzen, daß auf deutschem Boden atomare Waffen weder stationiert noch gelagert werden.“

2. Die beiden deutschen Staaten sollten das Bemühen auch einiger NATO-Länder um Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages dadurch unterstützen, daß sie, die DDR und die westdeutsche Bundesrepublik, einen Nichtangriffspakt abschließen.

3. Die deutschen Staaten sollten ihrerseits einen Beitrag zum Abbau des gefährlichen Rüstungswettlaufs leisten, indem sie

sich über die Verminderung ihrer Militärausgaben im Staatshaushalt und über einen Rüstungsstopp in Deutschland verständigen. Ich habe nicht im geringsten Zweifel, daß die große Mehrheit der Bürger der DDR wie auch der Bürger Westdeutschlands nichts dagegen hätten, wenn Milliarden Mark, die gegenwärtig alljährlich von der Rüstung in Anspruch genommen werden, künftig für Zwecke der friedlichen Entwicklung und Erhöhung des Lebensstandards aufgewandt würden."

Wer sich die lange Reihe von Friedens- und Verständigungsvorschlägen vergegenwärtigt, die die Deutsche Demokratische Republik während der letzten fünf Jahre der Weltöffentlichkeit und der westdeutschen Bundesrepublik unterbreitet hat, der wird tief beeindruckt sein von dem Ernst, der Unermüdlichkeit und Geduld, mit der hier ein Staat einen Beitrag zur Bewältigung der Existenzfrage der Menschheit leistet.

Welch tiefe Genugtuung und Dankbarkeit empfinden gerade wir als Christen darüber, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, an der Spitze, zusammen mit allen demokratischen Parteien, immer wieder nach neuen Ansatzpunkten für eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten sucht, daß sie sich niemals durch Aktionen der Ultras in Westdeutschland hat provozieren lassen, daß sie durch die umsichtigen Sicherungsmaßnahmen am 13. August 1961 den Frieden in Europa gerettet hat — mit einem Wort, daß sie die Politik der friedlichen Koexistenz und deren Durchsetzung in Deutschland über alles andere stellt.

Gerade als Christen sind wir froh und dankbar, daß wir mitwirkende Bürger dieses Staates sein können, in dem der jahrhundertealte Widerspruch zwischen der Friedensliebe des einzelnen und der Kriegspolitik seiner Regierung überwunden ist. Die Bilanz des geduldigen, keine Hindernisse scheuenden, nach immer neuen Ansätzen und Möglichkeiten suchenden Friedensstrebens unseres Staates, die wir heute ziehen, ist uns Veranlassung, rückhaltlos seine politische, ökonomische und moralische Macht zu vertiefen und zu festigen. Denn Stärkung des ersten Friedensstaates in der deutschen Geschichte bedeutet Stärkung des Friedens in Deutschland und in der Welt.

Daß dieser Zusammenhang von immer mehr Christen erkannt wird, machen zahlreiche Stellungnahmen der letzten Zeit deutlich. Auf einer Tagung des Bezirksausschusses der Nationalen Front in Erfurt sagte kürzlich Pfarrer Johannes Harstrick aus Seebach: „Für mich steht im Vordergrund bei allem, was ich tue, den Frieden zu erhalten und zu festigen. Ganz besonders in jüngster Zeit bemerkte ich in meiner Gemeinde, daß sich seit der Unterzeichnung des Abkommens über den teilweisen Atomversuchsstopp das Vertrauensverhältnis zu unserem Staat wesentlich verbessert. Jeder schätzt ein, daß dieses Abkommen ein großes Verdienst der Friedenspolitik der sozialistischen Länder ist.“

Die Christlich-Demokratische Union hat seit dem Beginn ihres Wirkens sich für eine konsequente Friedenspolitik auf deut-

schem Boden eingesetzt. Sie hat immer wieder auf die Verpflichtung des Christen hingewiesen, mit allen Kräften für den Frieden auf Erden zu kämpfen. Von daher hat sie der Friedenspolitik unserer Regierung nicht nur zugestimmt, sie hat diese Politik zu ihrer eigenen gemacht und nach Kräften geholfen, den ersten Friedensstaat in der deutschen Geschichte zu festigen. Auf dem 6. Parteitag der CDU im Jahre 1952 rief unser unvergessener Otto Nuschke aus: „Als Christen sind wir leidenschaftliche Kämpfer für den Frieden und erbitterte Gegner des imperialistischen Krieges. Wir sind als Christen aber auch verpflichtet, nicht nur den Krieg mit allen Mitteln zu verhüten, sondern auch den Ursachen nachzugehen, aus denen Kriege entstehen, und alles daranzusetzen, daß diese Ursachen beseitigt werden.“

Gestatten Sie mir, in diesem Zusammenhang Ihr Augenmerk auf die Tatsache zu richten, daß die konsequente Friedenspolitik der DDR und des sozialistischen Lagers offensichtlich in einer weitgehenden Übereinstimmung steht mit den wesentlichsten Aussagen der Enzyklika „Pacem in terris“ von Papst Johannes XXIII. und mit den Friedensappellen, die der Weltkirchenrat in den vergangenen Jahren an die Völker und Staaten der Welt gerichtet hat.

Die Vollversammlung des Weltkirchenrates in Neu Delhi richtete im Dezember 1961 die dringliche Forderung an die Regierungen aller Staaten, den Krieg zu ächten, da er gegen die Natur des Menschen sei. „Wir sollten daher Zurückhaltung und Selbstlosigkeit in allen Fragen bewahren, die zum Kriege führen, Geduld und Beharrlichkeit in der Überwindung all der Dinge, die trennen, Kühnheit und Mut in allem, was den Frieden fördert“, hieß es in dem Appell wörtlich, und es wurde der Wunsch geäußert, alle Regierungen sollten auf jede Androhung von Gewalt verzichten, den Rüstungswettlauf aufhalten, auf eine „vollständige und allgemeine Abrüstung“ hinarbeiten und die Schranken gegenseitigen Mißtrauens auf jeder Ebene niederreißen.

In Anknüpfung an die Beschlüsse von Neu Delhi appellierte der Exekutivausschuß des Weltkirchenrates im April des vergangenen Jahres erneut an alle Regierungen, unermüdlich an der Lösung des Abrüstungsproblems zu arbeiten, deren gegenwärtig beste Grundlage er die Einstellung der Atomwaffenversuche nannte. In dem Appell des Exekutivausschusses wurden die Mitgliedkirchen aufgefordert, ihren Regierungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Befolgung der aufgezeichneten Politik nahezu legen.

Die Kirchen in der DDR brauchten ihre Regierung nicht erst aufzufordern, eine solche Linie zu befolgen. Es war eher umgekehrt, so, daß verantwortungsbewußte Christen in der DDR Leitungen der evangelischen Kirche auffordern mußten, eine Haltung einzunehmen, die nicht nur in Übereinstimmung mit der Politik der Regierung ihres Staates steht, sondern gerade auch durch die Beschlüsse der Ökumene mit Nachdruck gefordert ist. Leider haben wir andererseits aus Westdeutschland

wenig davon gehört, daß die in der Ökumene integrierten Kirchenleitungen auch nur den geringsten Versuch unternommen hätten, die Bonner Regierung mit den Beschlüssen von Neu Delhi und anderen Ergebnissen der Tätigkeit des Weltkirchenrates oder der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten wenigstens vertraut zu machen.

In der Erklärung des Exekutiv Ausschusses des Ökumenischen Rates vom April 1962 waren insgesamt vier Punkte enthalten, die den Regierungen vorgetragen werden sollten. Diese vier Punkte hatten folgenden Wortlaut:

„Wir glauben, daß die Nationen Gott davon Rechenschaft ablegen müssen, wie sie die ihnen verliehene Macht gebrauchen. Getrieben von unserem gemeinsamen christlichen Glauben bitten wir, die wir in einer weltweiten, die Grenzen von Nation und Rasse überbrückenden Gemeinschaft verbunden sind, alle Regierungen dringend:

1. Atomwaffenversuche nicht fortzusetzen oder wieder aufzunehmen...;

2. weiterhin auf positive Vereinbarungen über besondere internationale Streitfragen und die umfassenden Probleme zu dringen, die unmittelbar mit der Abrüstung und mit der friedlichen Nutzung des Weltraums zur Förderung der Wissenschaft und zum Wohl aller verbunden sind;

3. nach dem Maß ihrer jeweiligen Möglichkeiten und Fähigkeiten bereit zu sein, ein überlegtes Risiko auf sich zu nehmen, das zur Abrüstung beiträgt...;

4. nach einem Ausgangspunkt für die Abrüstung zu suchen und jeden möglichen Ausgangspunkt als solchen zu nutzen in der Erkenntnis, daß die Einstellung der Versuche auf Grund überprüfbarer Vereinbarungen, falls dies erreicht werden kann, gegenwärtig die beste Grundlage für weitere Schritte zu bieten scheint.“

Die Vorstellungen, die Papst Johannes XXIII. in seiner Friedenszyklika entwickelte, sind unmißverständlich. In dem von der friedliebenden Menschheit auf das wärmste begrüßten päpstlichen Rundschreiben heißt es u. a.:

„Deshalb fordern Gerechtigkeit, gesunde Vernunft und Sinn für die Menschenwürde dringend, daß der allgemeine Rüstungswettlauf aufhört; daß ferner die in verschiedenen Staaten bereits zur Verfügung stehenden Waffen auf beiden Seiten und gleichzeitig vermindert werden; daß Atomwaffen untersagt werden; und daß endlich alle nach Vereinbarung zu einer entsprechenden Abrüstung mit wirksamer gegenseitiger Kontrolle gelangen“, und:

„In den Beratungen der Männer, die durch ihre Stellung und Autorität hervorrangen, soll gründlich geprüft werden, wie auf der ganzen Welt die gegenseitigen Beziehungen der Staaten in menschlicherem Gleichgewicht neu zu gestalten sind. Wir meinen ein Gleichgewicht, das auf gegenseitigem Vertrauen,

auf aufrichtigen Verträgen und auf unverletzlichen Vereinbarungen gegründet ist. Aber diese Frage soll so von allen Seiten erwogen werden, daß eine Grundlage gefunden wird, auf der freundschaftliche, feste und nützliche Bündnisse entstehen können.“

Während die Regierung der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren nicht einen einzigen Vorschlag entwickelte, der als Echo auf die Friedensworte des Papstes oder den Appell des Weltkirchenrates gewertet werden könnte, bewegten sich ausnahmslos alle Vorschläge der DDR auf der Linie, die die Repräsentanten der Weltchristenheit für vernünftig und geboten erachten. Ein solcher Vergleich zwischen ökumenischen Vorschlägen und der praktischen Politik der DDR mag für manchen ungewöhnlich sein. Um so wichtiger ist es, auf die Elemente der Gemeinsamkeit zwischen den Vorstellungen des Oberhauptes der katholischen Kirche und den Beschlüssen des Weltkirchenrates auf der einen Seite und der Politik unserer Regierung auf der anderen hinzuweisen.

Daß die Friedenskräfte in der DDR mit jenen Vorstellungen korrespondieren, wie sie von der Christlichen Friedenskonferenz sowohl im Blick auf die Problematik der Abrüstung als auch und vor allem zur friedlichen Lösung der deutschen Frage entwickelt worden sind, muß in diesem Zusammenhang ebenfalls hervorgehoben werden. Der Vergleich unserer Politik mit den Friedensappellen katholischer und protestantischer Weltgremien ergibt damit, daß es im Grunde die sozialistischen Staaten sind, die eine solche Linie einschlagen, wie sie von diesen Organisationen gleichsam als Norm einer christlichen Haltung in der Weltpolitik bestimmt worden ist.

In diesem Sinne liegt die Mitarbeit von Christen bei der Stärkung unseres Friedensstaates nicht nur im Interesse der Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten, sie ist gleichzeitig ihre Antwort auf den Friedensruf des Evangeliums.

## II.

Der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, verwies zu Beginn seiner Rede vor der Volkskammer auf die Programatische Erklärung des Staatsrates vom 4. Oktober 1961, mit der ein neuer Abschnitt in der Entwicklung unserer Volkdemokratie eingeleitet wurde. Seine von einem tiefen humanistischen Geist getragene Erklärung ist seinerzeit von der christlichen Bevölkerung auf das wärmste begrüßt worden. Hatte Walter Ulbricht in ihr doch betont, daß „das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus keine Gegensätze“ sind. Unser verehrter Freund Professor D. Emil Fuchs richtete damals ein Schreiben an den Vorsitzenden des Staatsrates, in dem es hieß:

„Wir begrüßen diese von hohem politischem Verantwortungsbewußtsein und großer Verständigungsbereitschaft getragenen Ausführungen... Wir sind Ihnen besonders dankbar dafür, daß Sie bei allen Ihren Ausführungen den Menschen in den Mittel-

punkt gestellt und deutlich gemacht haben, daß nur eine klare Entwicklung der sittlichen Verantwortung aller eine menschenwürdige Zukunft bringen kann. Die humanistische Ethik des Sozialismus will ebenso wie der christliche Glaube den Menschen aus seiner Gleichgültigkeit wecken und zur Verantwortung für seinen Nachbarn und das Ganze rufen."

Dieses Schreiben wurde von mehr als 32 000 kirchlichen Amtsträgern und Laienchristen unterzeichnet und dem Vorsitzenden des Staatsrates durch eine unter Leitung von Professor Emil Fuchs stehende Delegation am 9. Februar 1961 in Berlin-Niederschönhausen übergeben. Ich sage wohl nicht zuviel, wenn ich behaupte, daß das denkwürdige Gespräch, das aus Anlaß der Übergabe zwischen Walter Ulbricht und den Theologen und kirchlichen Amtsträgern geführt wurde, zweifellos zu den für die Vertiefung der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen Christen und Marxisten in unserem Staat bedeutsamsten Ereignissen gehört. Im Bericht des Zentralkomitees an den VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei wird dieses Gespräch ausdrücklich als ein Beweis für das „gewachsene Vertrauensverhältnis zwischen Christen und Marxisten“ gewertet.

Die große Bedeutung des Gesprächs vom 9. Februar 1961 besteht darin, daß es deutlich gemacht hat: Unter den Bedingungen des Sozialismus entwickeln sich zwischen Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen brüderliche und kameradschaftliche Beziehungen. Denn im Sozialismus ist die Kirche aus ihrer Bindung an die herrschenden Klassen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung befreit. Sie steht nicht mehr unter der dauernden Bedrohung, daß ihr Zeugnis und ihre Verkündigung zur Rechtfertigung einer Politik der Unterdrückung und des Krieges mißbraucht wird. Damit gewinnt der einzelne Christ die Freiheit, wirklich für den anderen Menschen dazusein und sich für die Gestaltung einer Gesellschaft der sozialen Sicherheit und Menschenwürde einzusetzen. Gerade darin aber sieht er sich in die Solidarität mit seinen marxistischen Mitmenschen gestellt.

Wenn man sich nur einmal für einen Augenblick vergegenwärtigt, was für eine tiefe Kluft etwa um die Jahrhundertwende auf Grund der einseitigen gesellschaftlichen Bindung der Kirche zwischen Christentum und Arbeiterbewegung bestand, dann ermißt man, daß die feste Gemeinsamkeit zwischen Christen und Marxisten zu dem wahrhaft Neuen, zu den größten Errungenschaften in unserem Staat gehört. Wenn im Wahlauftrag des Nationalrates festgestellt wird, daß „unser Staat der Arbeiter und Bauern dem Staat der Imperialisten und Militaristen in Westdeutschland gesellschaftlich eine ganze Epoche voraus“ ist, dann ist die brüderliche Gemeinsamkeit von Christen und Marxisten eines der vielen Zeichen für die gesellschaftliche Überlegenheit der Deutschen Demokratischen Republik über die Bundesrepublik.

Vor einigen Wochen weilte eine Gruppe westdeutscher Pfarrer zu einem mehrtägigen Aufenthalt in unserer Republik.

Nach Gesprächen, Besichtigungen und Besuchen in der Hauptstadt besuchten die Geistlichen eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft im Bezirk Potsdam, eine PGH in Rathenow und die Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal bei Bernau. In dem Schlußgespräch in Berlin stellten die Mitglieder der Studien-delegation übereinstimmend fest, daß zu den nachhaltigsten Eindrücken ihrer Reise der durchgängig von ihnen festgestellte Tatbestand der kameradschaftlichen Zusammenarbeit von Christen und Marxisten auf allen Lebensgebieten gehöre. Einer der Pfarrer, der vor 1933 in Berlin lebte, berichtete, wie schmerzlich er in den politischen Kämpfen der damaligen Zeit das Gegeneinander von Christen und Marxisten erlebt habe. Daß uns gelungen sei, dieses Gegeneinander zu überwinden und Formen einer brüderlichen Zusammenarbeit zu finden, dazu meinte er uns beglückwünschen zu müssen.

Vielleicht macht diese Spiegelung unserer Wirklichkeit in den Erlebnissen westdeutscher Pfarrer am besten deutlich, wie weit wir vorangekommen sind. Die Aussagen des Gesprächs vom 9. Februar 1961 haben auf allen Ebenen unseres Lebens reiche Frucht getragen. Wenn wir heute fragen, ob sich unsere Mühe gelohnt hat, dann antworten wir mit Ja. Die brüderliche Zusammenarbeit mit Marxisten, die dem Christen beim Aufbau des Sozialismus ganz neue Dimensionen seines Dienstes und seiner Bewährung eröffnet, ist zu einem festen, unverlierbaren Bestandteil der politisch-moralischen Einheit unserer Bevölkerung geworden.

Mehr als 15 000 christliche Bürger arbeiten als gewählte Abgeordnete verantwortlich in den Volksvertretungen mit, darunter über 40 Pfarrer und Theologen. Mitglieder der CDU sind in den Organen der Staatsmacht als Bürgermeister und Ratsvorsitzende, Stadträte und Abteilungsleiter, als Staatssekretäre oder Minister tätig. Zwei Mitglieder des Staatsrates sowie der Präsident des Obersten Gerichts der DDR werden gleichfalls von der CDU gestellt. An unseren Schulen unterrichten über 7000 christliche Lehrer. Viele von ihnen wurden auf Grund ihrer hervorragenden Leistungen mit der Verleihung des Studienratstitels geehrt oder als „Verdiente Lehrer des Volkes“ ausgezeichnet.

In der Volkswirtschaft stehen Christen als Techniker und Ingenieure, Betriebsleiter und Buchhalter, LPG-Vorsitzende und Agronomen ihren Mann. Gar nicht zu reden von den Hunderttausenden christlichen Arbeitern und Genossenschaftsbauern, die in ihrer verantwortlichen Arbeit zum Wohle aller die Erfüllung des Gebotes rechter Nächstenliebe sehen. Zu Ehren des 10. Jahrestages unserer Republik haben Christen, die an leitender Stelle in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft stehen, sich zu erhöhten Leistungen im Werte von 150 Millionen DM verpflichtet. Diese Verpflichtungen wurden voll erfüllt. Dem VI. Parteitag der SED wurden durch die CDU Erfindungen und Verbesserungsvorschläge zugeleitet, die der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts dienen und einen Nutzen von 80 Millionen DM bringen. Auf der letzten Sitzung

des Hauptvorstandes der CDU berichtete der Technische Direktor des VEB Auerbacher Gardinen- und Spitzenweberei, ein Christ, davon, wie dieser Betrieb die durch die Frostperiode hervorgerufenen Produktionsrückstände nicht nur aufgeholt habe, wie er sogar zu einer Übererfüllung des Planes kommen konnte.

Christliche Bürger, die im wirtschaftlichen Bereich eine leitende Tätigkeit ausüben, haben immer wieder von ihren Erfahrungen berichtet, daß sie in einer sozialistischen Volkswirtschaft, in der der Konkurrenzkampf überwunden ist und das Prinzip gegenseitiger Hilfe herrscht, mit einem besseren Gewissen als Christ tätig sein können als früher in der kapitalistischen Wirtschaft. Walter Riedel, Volkskammerabgeordneter und Laienprediger der Baptisten, berichtet über seinen Weg von einem kapitalistischen Unternehmer zum Leiter eines halbstaatlichen Betriebes in folgenden Worten:

„Ich war Kapitalist, aber auch seit 1949 gewählter Abgeordneter in dem Parlament unserer Stadt, nachdem ich schon 1945 in die CDU eingetreten war. In der politischen Aufbauarbeit lernte ich die Vertreter der Arbeiterklasse kennen und schätzen. Meiner Frau ging es ebenso. Wir waren uns einig, daß das Handeln mancher Nichtchristen uns als Christen beschämte.

Ich versuchte, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten sozial zu handeln. Die Klassifizierung als ‚Ausbeuter‘ quälte mich, andererseits erkannte ich die Gültigkeit dieses Begriffes auch für mich. In solch innerem Widerspruch las ich 1955 das 25. Plenum der SED. Die Arbeiterklasse streckte ihre Hand zur Zusammenarbeit aus.

Die Richtung war gewiesen, doch wie waren Weg und Bedingungen? Der Minister der Finanzen beantwortete die diesbezüglichen Fragen der CDU-Fraktion in der Volkskammer. Danach stand mein Entschluß fest. Die Verhandlungen mit der Parteileitung der CDU kamen rasch zu einem Ergebnis. Am 20. Februar 1956 stellte ich als einer der ersten acht Betriebe den Antrag auf staatliche Beteiligung. In mir löste sich eine Verkrampfung. Ich sah eine Zukunft.

Mein Vater hat auf seinem Sterbebett den Artikel ‚Wende in der privaten Wirtschaft‘ in der CDU-Zeitung ‚Neue Zeit‘ gelesen. Ich wußte, daß er mich immer mehr verstand. Er verfolgte die Probleme mit großer Anteilnahme, und als er am 26. Februar starb, waren bezüglich des Betriebes seine letzten Worte zu mir: ‚Ich freue mich, daß deine Arbeit nunmehr anerkannt wird und du eine sichere Existenz hast. Geh diesen Weg.‘

Die Freunde der Arbeiterklasse aus dem Parlament kamen und gratulierten mir... Inhaber anderer Betriebe beschimpften mich anonym in Wort und Schrift. Aber ich wußte, daß der Weg richtig war. So wurde der 20. Februar 1956 für mich zur Wende. Der Betrieb und damit auch ich erhielten im Aufbauplan der Republik einen festen Platz.“

So wie Walter Riedel gehen zahlreiche Christen als ehemalige Unternehmer den Weg der staatlichen Beteiligung. Auch Handwerker aller Berufe halfen als Christen bei der Entwicklung genossenschaftlicher Arbeitsformen. 325 Mitglieder der CDU sind Vorsitzende von Produktionsgenossenschaften des Handwerks.

Auf einer Bezirksdelegiertenkonferenz der CDU in Cottbus berichtete das Kirchgemeinderatsmitglied Gottfried Handrak aus Wunscha-Schadendorf, daß er zuerst die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft nicht begriffen habe. Im Frühjahr 1960 habe er zeitweise sogar mit dem Gedanken gespielt, die Republik zu verlassen. In dieser Situation habe er sich aber dann die Frage gestellt: „Was mußt du als Christ jetzt tun?“ Die Antwort darauf sei für ihn gewesen: „Stell dich hinein in die neue Gemeinsamkeit, arbeite verantwortlich mit; denn Christsein heißt nicht, zuerst an sich, sondern an die anderen denken.“ Heute ist Gottfried Handrak einer der über 600 LPG-Vorsitzenden, die Mitglieder der CDU sind.

Wir können dankbar feststellen, daß die Leistungen christlicher Bürger in allen Zweigen der Volkswirtschaft und des öffentlichen Lebens immer wieder die Anerkennung unseres Staates finden. 13 Mitglieder der CDU tragen den Ehrentitel „Verdienter Bergmann der DDR“, 212 wurden mit der Medaille für ausgezeichnete Leistungen in der LPG geehrt, 14 sind „Verdiente Ärzte des Volkes“.

Hinter diesen Zahlen stehen eindrucksvolle Beispiele persönlichen Einsatzes. Bei der verlustlosen Bergung der Ernte in diesem und in den vergangenen Jahren, bei den besonderen Schwierigkeiten, die die strenge Frostperiode des vergangenen Winters mit sich brachte, haben immer wieder Geistliche mit Hand angelegt, wenn ihre Mithilfe erforderlich war. Im Kreis Hildburghausen waren im vergangenen Sommer alle Pfarrer wegen der ungünstigen Witterungsverhältnisse im Ernteeinsatz, einige von ihnen zwei bis vier Wochen.

Als im vergangenen Winter infolge starken Schneefalls an einem Sonntag der Bahnhof Sehma, Krs. Annaberg, blockiert war, half Pfarrer Zweigler zusammen mit 50 Männern seiner Gemeinde unmittelbar nach dem Gottesdienst, die Geleise freizuschaukeln. In der Gemeinde Kirch Baggendorf, Krs. Grimmen, half Pastor Sakrieß den Genossenschaftsbauern seiner Gemeinde nach dem Sonntagsgottesdienst beim Kartoffelpflanzen. In Nitzahn, Krs. Rathenow, arbeitet Pfarrer Frank Richter aushilfsweise als Schichttraktorist in der LPG. Die Einsatzbereitschaft des Pfarrers hat ein kameradschaftliches Verhältnis zwischen ihm und allen Einwohnern des Ortes entstehen lassen.

Sie wissen selbst, daß dies nur einige wenige Beispiele aus einer kaum noch überschaubaren Fülle tatkräftiger Mithilfe sind, die für die meisten von uns fast zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, von der man nicht zuviel Aufhebens machen sollte. Freilich gibt es hin und wieder Leute, die mit dem Hinweis „Früher brauchten wir den Bauern nicht zu helfen“

ihr Unverständnis gegenüber diesen Einsätzen zum Ausdruck bringen. Diese Leute vergessen, daß früher ungleich mehr Menschen in der Landwirtschaft tätig waren. Sie übersehen vor allem aber den grundlegenden Unterschied zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Staat. Wenn es früher eine Mißernte gab, dann waren die Bauern die Leidtragenden. Es gab genug Leute, die mit der Einfuhr aus dem Ausland ein Geschäft machten. Heute gehört das, was auf unseren Feldern wächst, uns allen. Ein Verlust, der die Landwirtschaft trifft, ist ein Verlust für uns alle.

Lassen Sie mich die Reihe der Beispiele beschließen mit ein paar Sätzen aus einem Brief von Pfarrer Roderich Heublein aus Falkenthal bei Löwenberg/Mark:

„Seit geraumer Zeit bin ich Mitglied des Ortsausschusses der Nationalen Front. Als stellvertretender Vorsitzender leite ich schon Monate hindurch die Arbeit der Nationalen Front im Dorf. Auch Mitglieder des Gemeindegemeinderates gehören dem Ortsausschuß an. Hier ergibt sich ein weites Feld der praktischen Zusammenarbeit. Wir kümmern uns um den reibungslosen Ablauf der Erntearbeiten, kulturelle Veranstaltungen werden geplant und durchgeführt (Beispiel: Vorbereitung und Durchführung des Besuches der westdeutschen Pfarrerdelegation Ende Juni d. J.). Dieser Besuch und die lebhaftige Aussprache haben im Dorf einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. — Für die Zeit zwischen Getreide- und Hackfruchternte wollen Nationale Front und Kirchengemeinde als gemeinsame Veranstaltung zu einem Tagesausflug nach Rostock mit Besichtigung des Überseehafens einladen. Dies soll unseren LPG-Bauern Freude und Entspannung bringen. Alle Schwierigkeiten, Nöte und Sorgen, aber auch die erfreulichen und guten Dinge kommen auf unseren mindestens einmal monatlich stattfindenden Zusammenkünften zur Sprache. Gegenwärtig steht im Brennpunkt die gemeinsame Vorbereitung der Wahlen am 20. Oktober. Hier wird sich noch der Gemeindegemeinderat mit einem besonderen Aufruf an die christlichen Wähler des Dorfes wenden.

Ich bin dankbar, daß ich durch mein Beispiel geholfen habe, christlichen Mitbürgern die Scheu vor der Übernahme politischer Verantwortung zu nehmen. Wir werden es lernen müssen, daß auch dies Dienst am Nächsten ist. Fast alle Mitglieder des Gemeindegemeinderates gehören der Ortsgruppe der CDU an. Die Pfarrfrau ist zur Vorsitzenden gewählt. Sie hält als Mitglied des DFD auch die Verbindung zwischen dem DFD und der kirchlichen Frauenarbeit. Die Mitglieder des Gemeindegemeinderates sind mit einer Ausnahme auch Mitglieder in unseren LPG. Ein Ältester ist Vorstandsmitglied in der LPG und Gemeindevertreter, ein anderer ist im Elternbeirat. So ist im Laufe der Zeit ein Klima des Vertrauens, der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfsbereitschaft im Dorf gewachsen. Wir freuen uns, daß es so geworden ist, und wir wollen auf diesem Wege auch weitergehen zum Wohle der Menschen, die uns anvertraut sind und denen wir dienen.“

Das ist der 9. Februar in Aktion: Vertrauen, Zusammenarbeit und Hilfsbereitschaft sind gewachsen — zum Wohle der Men-

schen — zum Wohle unseres Staates, der uns diese Perspektive gibt.

In diesem Zusammenhang möchte ich nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß im Ergebnis des Gespräches vom 9. Februar 1961 auch die kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen christlichen und nichtchristlichen Jugendlichen vertieft wurde. Am 4. März 1961 fand ein Treffen des Ersten Sekretärs der FDJ, Horst Schumann, mit christlichen Jugendlichen statt; diese Delegation junger Christen wurde von mir geführt. Horst Schumann wies bei diesem Gespräch darauf hin, daß viele der jüngeren Mitarbeiter der CDU den besten Beweis dafür lieferten, daß der Sozialismus und die humanistischen Ziele des Christentums keine Gegensätze darstellten. „Alle diese Freunde“, so sagte er, „sind von der FDJ erzogen worden und sind doch gute Christen geblieben. Wie groß ist die Kraft der Gemeinsamkeit, die heute verwirklicht, was die Menschheit seit Jahrtausenden erträumte: eine Welt des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Ein Erlebnis möchte ich zum Abschluß noch erzählen. Als Otto Nuschke, den wir alle sehr verehrten und dessen Arbeit und Vermächtnis wir hoch einschätzen, starb, da war ich gerade in Moskau. Da sprach mich ein alter Sowjetbürger, Mitglied der Kommunistischen Partei, der mich an meiner Sprache als Deutschen erkannt hatte, auf der Straße an, um mir sein tiefstes Beileid zum Ableben Otto Nuschkes zu sagen. Daß in unserer Republik ein Volk heranwächst, das auch im Ausland Achtung und Anerkennung genießt, ein Volk, das andere Völker achtet und sich zutiefst mit ihnen verbunden fühlt, ein Volk, das den Frieden sichert und ihm eine Heimstatt auf Erden zu schaffen bestrebt ist, daran haben Sie alle mitgewirkt. Welch ein Haus haben wir uns gebaut, Welch ein gutes Haus und Welch ein schönes! Weder die Marxisten allein noch die Christen allein haben es geschaffen; gemeinsam haben wir es gebaut. Und diese Gemeinsamkeit wollen wir erkennen, pflegen und zukünftig zum Nutzen unseres Volkes noch stärker gestalten.“

Diese Aussagen haben sich in der Praxis des gemeinsamen Kampfes und der gemeinsamen Arbeit junger Christen und junger Marxisten gerade in den letzten zwei Jahren gut bewährt. Auf dem VII. Parlament der Freien Deutschen Jugend konnten junge Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union wie der Ingenieur Egon Handschke aus dem Bezirk Cottbus und die Lehrerin Ingrid Horn aus dem Bezirk Erfurt auftreten und von ihren Erfahrungen aus der Praxis des umfassenden sozialistischen Aufbaus berichten. Wenn man bedenkt, welche Probleme auf diesem Gebiet noch vor zehn Jahren existierten, zeigt sich hier, wie das Neue bei der Herausbildung und Festigung unserer gesellschaftlichen Ordnung gerade auch im Zusammenwirken junger Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen Gestalt gewonnen hat.

Wenn der Vorsitzende des Staatsrates auf dem VII. Parlament der FDJ den Blick auf das Jahr 2000 gelenkt hat, so ergibt sich für junge Christen die zwingende Notwendigkeit, sich den

Aufgaben von heute zu stellen, um morgen die Mitverantwortung für das neue, sozialistische Deutschland tragen zu können. Diese Forderung gilt sowohl für den Kampf um den Frieden und für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, aber auch für etwas, das ein besonderes Anliegen der christlichen Jugend sein müßte, nämlich für die Herausbildung des neuen sittlichen Profils der jungen Generation.

Es ist außerordentlich erfreulich, daß es in den letzten Jahren jungen Christen aus der DDR möglich war, an internationalen Friedentreffen teilzunehmen, und zwar sowohl an den Weltfestspielen in Wien und Helsinki und dem Jugendforum in Moskau als auch an der Arbeit der Jugendkommission der Christlichen Friedenskonferenz.

Auch auf dem Gebiet der Kultur hat sich die Gemeinsamkeit von Christen und Nichtchristen bewährt. Hunderten christlicher Künstler und Kulturschaffender haben sich damit ganz neue Lebens- und Erfahrungsbereiche erschlossen und Gestaltungsmöglichkeiten aufgetan. Das bedeutet eine große Befruchtung für das christliche Kunstschaffen,

Mitte Juni 1963 fand in Weimar eine Beratung des Präsidiums des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union mit christlichen Kulturschaffenden statt. Als Gäste waren u. a. auch der Abteilungsleiter des Zentralkomitees der SED, Siegfried Wagner, und der Stellvertreter des Ministers für Kultur, Professor Hans Rodenberg, Mitglied des Staatsrates, zugegen. Auf dieser Konferenz ist das Neue in den Beziehungen der Christenheit zur Kultur, das Neue auch in der Kulturpolitik einer Partei christlicher Menschen eindrucksvoll zum Ausdruck gekommen. Ich möchte diese Feststellung an zwei Zitaten belegen.

So sagte der weit über die Grenzen der DDR hinaus bekannte Schriftsteller Johannes Bobrowski in seiner Rede, die als ein bewußtes Bekenntnis zum Arbeiter-und-Bauern-Staat aufgefaßt wurde: „Friedliche Koexistenz — das wissen wir — ist nicht identisch mit ideologischer Koexistenz. Das Gespräch mit westdeutschen Freunden und Kollegen kann also nicht unter der Devise ‚Ich kenne keine Parteien mehr‘ laufen, sondern muß sich gerade an Mißverständnissen, aber mehr noch an verschiedenen oder gegensätzlichen Meinungen entfalten. Also das Gespräch! Geführt aber von einer sicheren Position aus, von der Position eines bewußten Bürgers unserer Republik, der Position eines Sozialisten! Ich denke auch nicht, daß ich mich als Christ auf das Gespräch mit Christen zu beschränken hätte. Unsere Vorstellung von christlicher Lebensführung basiert ja gerade darauf, daß wir nicht eine verborgene Sekte sind, sondern uns in der Gesellschaft bewähren.“

Und es war Siegfried Wagner, der in seinem stark beachteten Diskussionsbeitrag folgendes hervorhob: „Ich habe an die guten humanistischen Traditionen in unserer Arbeiterkulturbewegung gedacht, als Sie von Bach sprachen, lieber Freund Professor Collum, von der Wirkung seiner Werke in der So-

wjetunion. Mir fiel Karl Liebknechts Brief aus dem Zuchthaus an seinen Sohn Wilhelm ein, geschrieben im März 1917: ‚Ihr sollt die Matthäus-Passion hören — in klassischer Aufführung! Das wundervollste Werk auf dem Gebiet des Oratoriums. Die Noten hatte ich im Militärlazarett. Studiere sie vorher. Nicht ganz leicht zu verstehen. — Kontrapunkt und Fuge. Gleich der erste Satz: achttimmiger Chor nebst Cantus firmus —; durchblickt man das Zaubergewebe, ist man ganz berauscht vor Seligkeit. Nichts Süßeres, Zarteres, Rührenderes und in den Volksszenen — nichts Großartigeres kennt die Musik.‘ An diese revolutionär-demokratischen Traditionen der deutschen Kunst, an die realistischen Positionen der besten Werke der deutschen Kunstgeschichte wollen wir anknüpfen. Unsere Künstler von heute können aus den Erfahrungen der besten Künstler der Vergangenheit vieles lernen. Wir rufen ihnen zu: Lernt und seht, wie eng mit dem Volk, mit den wichtigsten und fortgeschrittensten geistigen Strömungen viele Künstler verbunden waren! Entwickelt heute in einer neuen historischen Epoche auf der festen Grundlage unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung die sozialistisch-realistische Kunst — eine Kunst der Meisterschaft und Volksverbundenheit!“

Wenn Sie diese beiden Zitate miteinander vergleichen und in einen Zusammenhang bringen, dann haben Sie eine Definition dessen, was wir den realen Humanismus nennen. Die Orientierung auf das Neue, auf die Entfaltung aller schöpferischen Kräfte in unserem Volk, also der Bitterfelder Weg, und die Bewahrung aller guten und positiven Traditionen aus der Vergangenheit unserer Nation, also die Bewahrung des Erbes von Weimar — sie sind die Grundlage für unser kulturelles Leben, und in der Einheit, in der Dialektik von Bitterfeld und Weimar ist auch für uns Christen auf kulturpolitischem Gebiet der Weg in die Zukunft gewiesen. Diesen Weg beschreiten viele christliche Kulturschaffende, Schriftsteller und Maler, Musiker und Hochschullehrer.

Ich denke zum Beispiel an Rudolf Nehmer. Er ist in kirchlichen Kreisen bekannt durch seine Holzschnitte mit religiöser Thematik. Es gibt keinen „Kreuzkalender“, in dem sich nicht eine dieser Arbeiten Rudolfs Nehmers findet. Gleichzeitig hat dieser Dresdener Maler, der vor zwei Jahren den Andersen-Nexö-Preis der Stadt Dresden erhielt, künstlerische Werke geschaffen, in denen sich seine Erlebnisse in einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft und in einer MTS widerspiegeln. Diese beiden Elemente seines Schaffens stehen sich nicht — einander ausschließend — gegenüber, sondern sie ergänzen einander; und sie bestimmen auch die parteiliche Haltung, die Rudolf Nehmer in der künstlerischen Auseinandersetzung in Fragen des Modernismus immer wieder eingenommen hat.

Oder nehmen Sie das Beispiel der Schriftstellerin Dr. Christa Johansen. Nachdem sie mit einem Arztroman hervorgetreten war, hatte sie sich an das schwierige Thema gemacht, das Leben von Leibniz in einem historisch-biographischen Roman lebendig

zu machen. Kaum hatte sie diesen Roman beendet, entschloß sie sich, in einen großen Magdeburger volkseigenen Betrieb zu gehen, dort zu arbeiten und das sachliche Material und die konkreten Erfahrungen über die neuen Beziehungen zwischen den Menschen im Produktionsprozeß zu sammeln. Der Leibniz-Roman und diese neue Arbeit von Christa Johannsen bilden eine lebendige Einheit des humanistischen Erbes unserer Nation und unseres revolutionären Kampfes von heute.

Der Cottbuser Kirchenmusikdirektor Lothar Graap gehört zu den jüngeren Kirchenmusikern der DDR, die schon sehr früh durch Oratorien auf sich aufmerksam machen. In den letzten Monaten ist Graap mit der Vertonung von Arbeiten Bertolt Brechts hervorgetreten. Die Oratorien Graaps und seine Brechtlieder sind zwei Seiten seines Ringens um das Bild des Menschen in unserer Zeit.

Ähnlich steht es mit Johannes-Ernst Köhler. Er setzt sich im kirchlichen Raum für das Neue sowohl in der Kunst als auch in der Gesellschaft ein, und in einem Konzert für Werktätige in Jena bringt er ein Werk des bekannten katholischen Komponisten Professor Trexler zur Uraufführung. Die Tätigkeit des Organisten Köhler, des Hochschullehrers, der schon am 1. Mai 1949 als Aktivist ausgezeichnet wurde, und des Vorkämpfers für die Orgel auch im weltlichen Raum — sie stellt eine schöpferische Einheit dar, sie ist auf ihre Weise die Verwirklichung der Dialektik von Weimar und Bitterfeld.

Und ist nicht auch das etwas Neues, daß Pfarrer Meißner in der Gemeinde Leutersdorf im Landkreis Dresden im Rahmen des Kulturbundes, zu dessen Vorstand er gehört, ein Laienorchester gebildet hat, das schon weit über diese kleine Gemeinde hinaus bekannt geworden ist? In einem Interview mit der „Neuen Zeit“ sagte dieser Pfarrer: „Die ersten öffentlichen Musikabende haben uns bestätigt, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Wir wollen keine Künstler sein, die den Anspruch erheben, erstklassige Leistungen zu vollbringen. Wir kommen aus den verschiedensten beruflichen und weltanschaulichen Richtungen zusammen, um der Musik zu dienen. Daß die Musik eine verbindende Kraft besitzt, kann jeder bestätigen, der mit anderen musiziert hat. Sie wird nicht umsonst eine sehr entscheidende Sprache der Völker genannt, weil ihre Werke überall verständlich sind.“

Diese wenigen Beispiele lassen etwas ahnen von der beglückenden Bilanz christlichen Kulturschaffens in unserer Republik. In unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat ist für die schöpferische Entfaltung der christlichen Kulturschaffenden nicht nur genügend Raum vorhanden. Im Grunde hat erst unsere Gesellschaft die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich die christlichen Kulturschaffenden sowohl in der Kirche als auch über die Kirche hinaus im künstlerischen Dienst an der christlichen Bevölkerung und an der ganzen Nation bewähren können.

Daher ist es auch kein Zufall, daß bekannte Kulturschaffende mit hohen künstlerischen Preisen ausgezeichnet worden sind:

Professor Hegenbarth und Professor Köhler erhielten den Nationalpreis, Rosemarie Schuder den Heinrich-Mann-Preis, Rudolf Nehmer den Andersen-Nexö-Preis und Hanna-Heide Kraze den Preis für eines der besten Jugendbücher der DDR. Und ebensowenig zufällig ist es, daß bekannte christliche Kulturschaffende der DDR als Sendboten unseres kulturellen Lebens im Ausland auftraten: die Professoren Köhler, Köbler und Collum in der UdSSR, der Görlitzer Kirchenmusikdirektor Schneider erst kürzlich in Schweden, der Zwickauer Organist Hofmann in Finnland — um nur diese wenigen Beispiele zu nennen.

Daß die verpflichtende Tradition deutscher Kirchenmusik in der Deutschen Demokratischen Republik in besonderer Weise gepflegt und lebendig bewahrt wird, kann sowohl am Kreuzchor und am Thomanerchor studiert werden, aber auch an der Aktivität in solchen kirchenmusikalischen Zentren wie Magdeburg und Eisenach, Halle und Dresden, Greifswald und Brandenburg. Und umgekehrt ist hervorzuheben, daß so bedeutende Maler wie Otto Dix und Otto Pankok ihre eigentliche künstlerische Heimat in der Deutschen Demokratischen Republik, in Dresden bzw. in der Deutschen Akademie der Künste haben.

So kann man abschließend sagen, daß sich gerade im Schaffen der christlichen Kulturschaffenden die Richtigkeit und die Perspektive des 9. Februar bewähren. Die Parteinahme für das Neue und die Bewahrung des guten Alten — sie werden im Schaffen der christlichen Künstler der DDR zu einem Ereignis, das sowohl für die christlichen Gemeinden als auch für die gesamte Nation göltig und vorwärtsweisend ist.

Freilich sollten wir bei allem berechtigten Stolz über unsere großen Erfolge bei der Vertiefung der Gemeinsamkeit von Christen und Nichtchristen nüchtern sehen, daß mancher Pfarrer und mancher Christ bei dem großen Umdenkungsprozeß unserer Zeit noch vor Hemmnissen und Schwierigkeiten steht. Diese Schwierigkeiten, die meist subjektiver Natur sind, werden von der klerikalen Reaktion in Westdeutschland und leider auch von einigen Mitarbeitern in den Kirchenleitungen der DDR aufgegriffen und aufgebauscht. Die Ergebnisse der konstruktiven Mitarbeit der übergroßen Mehrheit der christlichen Bevölkerung jedoch haben deutlich sichtbar gemacht, daß solche Hemmnisse nicht begründet sein können in der christlichen Glaubenshaltung, sondern in der unterschiedlichen gesellschaftlichen Position und politischen Einstellung der einzelnen. Wir können aber optimistisch sein. So wie wir in der gemeinsamen Arbeit der großen sozialistischen Volksbewegung zu einem tieferen Verständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge beim Aufbau des Sozialismus gekommen sind, so werden wir auch jene noch Abseitsstehenden von der Richtigkeit unseres Weges überzeugen.

### III.

Immer wieder wird — gerade auch von ausländischen Besuchern — die Frage nach dem kirchlichen Leben in der Deutschen Demokratischen Republik gestellt. Lassen Sie mich auf diese Frage eingehen und damit zunächst feststellen, daß es in unserem Staat ungefähr 6000 evangelische Pfarrer und Vikare, 1500 katholische Priester und 700 Pastoren und Prediger in den Freikirchen gibt. Das sind insgesamt 8200 Geistliche, die Sonntag für Sonntag Gottesdienste halten, die ihre kirchlichen Amtshandlungen verrichten und als Seelsorger die Glieder ihrer Gemeinden betreuen. In dieser Zahl sind nicht enthalten die kirchlichen Verwaltungsbeamten und die Kantoren, die Oberkirchenräte und Bischöfe, die Kirchenbaumeister und Akademieleiter, auch nicht die 500 Katecheten, die 4000 Gemeindehelfer sowie die 5550 Diakone und Diakonissen und die 1200 katholischen Ordensfrauen. Welche Vielfalt an regem kirchlichem Leben, welche treue und aufopferungsvolle Arbeit steht hinter diesen nüchternen Angaben!

Hier wird etwas sichtbar von der Realität des in unserer Verfassung festgelegten Prinzips: „Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.“ Das wurde bekräftigt in dem Kommuniqué über die Verhandlungen von Vertretern unserer Regierung mit Vertretern der evangelischen Landeskirchen in der DDR vom 21. Juli 1958. Diese Gemeinsame Erklärung leitete eine neue Etappe in den Beziehungen der evangelischen Kirchen zu unserem Staat ein: Eine Etappe der Normalisierung dieser Beziehungen und der vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Diese Beziehungen waren vorher stark belastet durch den Abschluß des Militärseelsorgevertrages zwischen dem Rat der EKD und der Bonner Regierung. Eine Reihe von Synodalen aus der DDR hatten der damit vollzogenen einseitigen politischen Bindung der Kirche an den westdeutschen NATO-Staat zugestimmt und sich damit in einen Gegensatz zur Friedenspolitik der DDR gebracht. In jenem Kommuniqué von 1958 distanzieren sich die Kirchen in der DDR vom Militärseelsorgevertrag. Die kirchlichen Vertreter erklärten gleichzeitig, „daß die Kirche mit den ihr gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern dient und daher auch grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung übereinstimmt. Ihrem Glauben entsprechend erfüllen die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzmäßigkeit. Sie respektieren die Entwicklung zum Sozialismus und tragen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens bei“.

Damit war eine tragfähige Basis für eine gedeihliche Zusammenarbeit geschaffen. Die seitdem vergangenen fünf Jahre haben immer wieder im großen wie im kleinen die segensreichen Auswirkungen der Vereinbarung für das kirchliche Leben erwiesen. Bereits nach etwas mehr als einem Jahr konnte der thüringische Landesbischof D. Moritz Mitzenheim in seiner Ansprache auf der Festveranstaltung zum 10. Jahrestag der DDR

auf solche fruchtbaren Auswirkungen hinweisen. In einem Artikel, den Landesbischof D. Mitzenheim aus Anlaß des 70. Geburtstages von Walter Ulbricht für die „Neue Zeit“ schrieb, zieht er gleichsam die Bilanz der fünf Jahre, die seit der Veröffentlichung der „Gemeinsamen Erklärung“ vergangen sind. Er schreibt:

„Das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 über die damaligen Verhandlungen der Vertreter der evangelischen Kirchen mit dem Ministerpräsidenten hat beigetragen zur Normalisierung des Verhältnisses von Staat und Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik. In ihm wird bestätigt, daß jeder Bürger das Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit und auf ungestörte Religionsausübung hat. Die Kirche, die unabhängig vom Staat ist, ist an nichts anderes gebunden als an Schrift und Bekenntnis und lehnt eine Vermischung ihrer Botschaft mit weltanschaulichen Gedanken ab. Ihr wird staatlicherseits der Raum gelassen, den sie für ihren Dienst am Volke braucht. Sie unterweist die Kinder im christlichen Glauben; sie sammelt die heranwachsende Jugend gemeindlich und übergemeindlich um das Wort Gottes; sie hält Bibelstunden, Frauenabende und Zusammenkünfte der Männer. Die evangelische Akademie hat ihre Tagungen. Für den Dienst der Barmherzigkeit hat die Kirche ihre Einrichtungen und Anstalten, deren Arbeit staatlicherseits geschätzt wird, sie hat ihre Altersheime, ihre Erholungsheime, ihre Rüstzeitheime; sie hat ihre eigenen Ausbildungsstätten für Prediger, Kirchenmusiker, Katecheten, Gemeindehelfer, Diakone und Schwestern. Der Staat unterhält an den Universitäten Theologische Fakultäten, und die Theologiestudenten erhalten von ihm Stipendien wie die Studenten anderer Fakultäten. Die Kirchenchöre und die Posaunenchöre tun öffentlich ihren Dienst. Es wird jeden Sonntag von Tausenden von Kanzeln in aller Öffentlichkeit das Evangelium gepredigt. Es werden die Sakramente jedem gereicht, der sie begehrt. Aller Dienst der Kirche geschieht öffentlich. Die Glocken rufen landauf, landab zu Gottes Wort und zum Gebet. Die Kirchenmusik wird von staatlicher Seite als ein Teil des kulturellen Lebens anerkannt. Bei den kirchlichen Aufführungen von Oratorien und Passionen wirken die staatlichen Orchester mit. Die Kirchen geben Sonntagsblätter, Amtsblätter und anderes christliche Schrifttum heraus. Auch große übergemeindliche Veranstaltungen haben ihren Platz im kirchlichen Leben. Wir sind dankbar, daß unsere Kirche diese Möglichkeit zur Ausrichtung ihres Dienstes hat.“

Der thüringische Kirchenmann hat aber auch die Verpflichtungen, die die Kirche im Kommuniqué einging, sehr ernst genommen. Immer wieder hat er Friedensinitiativen der Regierung der DDR begrüßt, hat er darauf hingewiesen, daß Christen solche Initiativen unterstützen sollten. So auch in dem schon zitierten Artikel, in dem es weiter heißt: „Ein 70. Geburtstag gibt immer Anlaß, über das nachzudenken, was mit dem Feiern und Gefeierten verbindet. Dieser festliche Tag im Leben des ersten Repräsentanten der DDR, Walter Ulbricht, ruft uns

zu solchem Nachdenken. Wir sind mit ihm und seinen Mitarbeitern einig in dem Streben nach Verständigung zwischen den Völkern und Nationen. Den rechten Weg zu diesem Ziel zu suchen ist die sehr verantwortungsvolle Aufgabe der Staatsmänner und Politiker. Wichtig ist, daß auch bei unterschiedlichen Meinungen über den Weg Einigkeit über das Ziel besteht. Der Vorsitzende des Staatsrates hat für den Weg oft Vorschläge gemacht. Er hat zu einem Abkommen der Vernunft und des guten Willens geraten. Wenn wir ihm darin zustimmen, können wir uns dabei auf Luther berufen, der einmal sagte, es sei nicht nötig, daß das Staatsoberhaupt Christ sei, es genüge, daß die Obrigkeit die Vernunft walten lasse und gewissenhaft ihre Pflichten erfülle. Politische Entscheidungen, die aus einer augenblicklichen Gefühlsaufwallung kommen, sind unbeständig und gefährlich. Wenn seit fast zwei Jahrzehnten die Waffen ruhen, ohne daß es bisher zu einem Friedensschluß gekommen ist, sollte das Verlangen unüberhörbar geworden sein, es möchten endlich Gespräche zustande kommen mit dem Ziel eines solchen vernünftigen Abkommens. Die schrittweise Normalisierung des Lebens der Nationen miteinander ist eine dringende Forderung, damit manche innere Not, die die gegenwärtige spannungsvolle weltpolitische Lage unserem Volk im ganzen und den einzelnen Familien bringt, behoben werden kann."

Schließlich zieht Landesbischof D. Mitzenheim in seinem wichtigen Aufsatz die Verbindung zwischen dem Kommuniqué und der Programatischen Erklärung des Staatsrates vom Oktober 1960. „Der Vorsitzende des Staatsrates hat feierlich erklärt“, so schreibt er, „daß das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus keine Gegensätze seien. Ein klares Wort, ein bedeutsames Wort, das auf die Erziehung unserer Jugend nicht ohne Einfluß bleiben wird. Mag sein, daß das Bild, das man vom Menschen hat, verschieden ist. Entscheidend ist nicht das Bild des Menschen, das man sich macht, sondern die Fürsorge, die ihm gilt. Das Evangelium ruft zur Hilfeleistung ohne Ansehen der Person gegenüber jedermann, der der Fürsorge und Hilfe bedarf. Unsere lutherische Kirche ist eine dienende Kirche.“

Christliche Bewährung in der Solidarität mit Nichtchristen ist es im Grunde genommen, was auch die Aussagen der Gemeinsamen Erklärung von 1958 Wirklichkeit werden ließ.

Lassen Sie mich die gedeihliche Zusammenarbeit von Staat und Kirche noch an einigen Beispielen konkretisieren.

Einer der Bereiche kirchlichen Lebens, in dem der Dienstauftrag der Kirche am Menschen am deutlichsten Gestalt gewinnt, ist die Diakonie, die Caritas, das heißt die Hilfe für Kranke, Alte und Hilfsbedürftige. Eine vielfältige diakonische und caritative Arbeit ist seit jeher ein besonderes Merkmal der Christenheit in Deutschland gewesen. In der Deutschen Demokratischen Republik arbeiten heute mehr als 2500 Einrichtungen der evangelischen Inneren Mission und der katho-

lischen Caritas auf diesem Gebiet. Darunter befinden sich 76 Krankenhäuser mit insgesamt 13 518 Betten, 288 Feierabendheime mit 12 269 Plätzen, 61 Pflegeheime mit 4795 Plätzen, zahlreiche Kinderkrippen, Wohnheime und Heime für Mutter und Kind. Ich erinnere dabei an so allgemein bekannte Einrichtungen wie das Berliner St. Hedwigs-Krankenhaus und an das Krankenhaus St. Josef in Potsdam oder an die Neinstedter, Züssower und Lobetaler Anstalten.

Die enge Zusammenarbeit dieser Anstalten mit dem staatlichen Gesundheitswesen hat dieser Arbeit neue Bereiche erschlossen. Im Perspektivplan zur Entwicklung der medizinischen Wissenschaft und des staatlichen Gesundheitswesens wird ausgeführt: „Konfessionelle Einrichtungen des Gesundheitswesens haben weiterhin eine große Verantwortung und große Möglichkeiten in der gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung.“ Der Leiter der Berliner Adolf-Stoecker-Stiftung, Kirchenrat Willy Federlein, stellte in einem Aufsatz über diese Arbeit mit Recht fest: „Diakonische Einrichtungen können Brücke zwischen Staat und Kirche sein.“

Anfang 1961 wurde zwischen den evangelischen Bischöfen in der DDR und dem FDGB eine Vereinbarung getroffen. Auf Grund dieser Vereinbarung erhalten Ärzte und mittlere medizinisches Personal in den evangelischen Krankenhäusern dieselben Gehälter wie in den entsprechenden staatlichen Einrichtungen. Die Kosten hierfür werden durch Zahlung des Pflegesatzes erstattet. Unser Staat wendet dafür jährlich mehr als 50 Millionen DM auf. Im Jahre 1962 belief sich der Betrag, der aus dem Staatshaushalt und aus Mitteln der SVK an die kirchlichen Einrichtungen des Gesundheitswesens gezahlt wurde, auf genau 56 479 000,— DM.

Auch bei der Ausbildung der Krankenschwestern arbeiten Staat und Kirche auf das engste zusammen. Die 18 evangelischen Krankenschwestern-Schulen mit ihren 600 Schülerinnen unterrichten auf eigenen Wunsch nach den staatlichen Lehrplänen; die entsprechenden sechs katholischen Ausbildungsstätten mit ihren 200 Schülerinnen übernehmen ebenfalls diese Lehrpläne.

Besonders hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang, daß die katholische Kirche z. B. 118 Kinderheime unterhält — eine Tatsache, die alle Lügen über eine angebliche Schranke für die Arbeit der Kirche unter der Jugend mit Nachdruck dementiert.

Es wird Sie interessieren, daß es in der DDR insgesamt 120 Klöster und klosterähnliche Niederlassungen gibt und daß sich unter den 1433 katholischen Geistlichen auch zahlreiche Ordensgeistliche befinden. Die Zahl der Ordensschwwestern wird mit über 2700 angegeben.

Seit 1955 gibt es eine zusätzliche Möglichkeit für die Feriengestaltung von Geistlichen, und zwar durch die Eröffnung des Hauses „Fortuna“ in Tabarz. In diesem Heim haben schon zahlreiche evangelische Geistliche mit ihren Familien, evangelische

und katholische Laien sowie zahlreiche Kirchenmänner aus Ungarn, der CSSR und Volkspolen Erholung gefunden.

Eine beträchtliche Öffentlichkeitswirkung hat auch die kirchliche Literatur. In den Jahren 1961 und 1962 veröffentlichte zum Beispiel die Evangelische Verlagsanstalt 641 Titel mit einer Gesamtauflage von 6 305 000 Exemplaren. Im gleichen Zeitraum brachte der katholische St. Benno-Verlag 262 Titel in insgesamt 2 739 000 Exemplaren heraus. Die Haupt-Bibel-Gesellschaft produzierte 35 Titel in 550 000 Exemplaren. In diesem Zusammenhang muß natürlich auch die Arbeit der beiden CDU-Verlage, des Union Verlages und des Verlages Koehler & Amelang, erwähnt werden, deren Belletristik, kulturhistorische und politische Werke in christlichen Kreisen gute Resonanz finden.

Darüber hinaus gibt es eine umfangreiche kirchliche Publizistik. Die Tätigkeit der Gemeindeblätter in der Deutschen Demokratischen Republik konnte sich in den letzten Jahren gut entfalten; die thüringische Kirchenzeitung „Glaube und Heimat“ erhielt beispielsweise erst im August 1963 eine Erhöhung ihrer Lizenz um 5000 Exemplare. Die Zeitschrift „Zeichen der Zeit“ und vor allem die „Theologische Literaturzeitung“ haben weit über die DDR hinaus ihre Bedeutung. Die Monatszeitschrift „Glaube und Gewissen“ hat sich vor allem in Laienkreisen bei der Selbstverständigung über die Fragen der christlichen Existenz im Sozialismus als hilfreich erwiesen. In den letzten Jahren sind zwei Zeitschriften neu erschienen: das „Evangelische Pfarrerblatt“ sowie die „begegnung“, mit der die katholischen Laien in der DDR ein Forum des Gedankenaustausches erhielten.

Natürlich hat auch und vor allem die Tätigkeit des Zentralorgans der CDU, „Neue Zeit“, zusammen mit der der anderen Zeitungen unserer Partei eine große Wirkung in den kirchlichen Raum hinein. Es war der Chefredakteur von „Glaube und Heimat“, Dr. von Hintzenstern, der auf einer Aussprache christlicher Journalisten aus der DDR mit skandinavischen Publizisten in Helsinki die große Bedeutung der „Neuen Zeit“, auch für das Ausland, würdigte. Nicht vergessen werden darf die regelmäßige Gestaltung der sonntäglichen kirchlichen Morgenfeiern in Radio DDR, die wegen ihrer theologischen Aussagekraft und ihrer musikalischen Qualität eine außerordentlich große und hilfreiche Wirkung hat. Sowohl den kirchlichen Rundfunkbeauftragten als auch und vor allem dem Staatlichen Rundfunkkomitee und seinem Mitarbeiter, Pfarrer i. R. Stelzner, gilt hier der Dank aller christlichen Bürger der DDR.

Zum Teil dient die Produktion der kirchlichen Verlage der Versorgung der Theologiestudenten in der DDR. Im Studienjahr 1962/63 waren an den Theologischen Fakultäten der sechs Universitäten in unserer Republik 554 Studenten immatrikuliert, von denen jeder durchschnittlich 176,— DM staatliches Stipendium im Monat erhält. Die Gesamtausgaben des Staates für die theologischen Fakultäten im Studienjahr 1962/63 belaufen sich auf 4 232 560,— DM, das sind 5,8 Prozent mehr als vor fünf Jahren.

Weiter gibt es in der DDR über 120 Ausbildungsstätten, die von der evangelischen Kirche selbst geleitet werden, darunter sieben Predigerseminare, 18 Ausbildungsstätten für Katecheten, 36 Diakoniekurse und Diakonievorkurse und 10 Kirchenmusikschulen. Hierbei sind die „Evangelischen Akademien“ nicht mitgerechnet.

Besonders hervorzuheben ist vor allem das hohe Niveau theologischer Arbeit, das gerade in den letzten Jahren erreicht werden konnte. Dabei ist es besonders wichtig, daß sich die unterschiedlichen Schulmeinungen innerhalb der protestantischen Theologie frei entfalten konnten und daß sowohl von „liberalen“ Theologen als auch von „Barthianern“, von Religionswissenschaftlern wie von Schülern des Seniors der evangelischen Theologen in der DDR, Emil Fuchs, von Lutheranern wie von freikirchlich orientierten Leistungen zu verzeichnen waren, die sich vor allem durch ihre selbständiges Weiterdenken und durch ihren Versuch auszeichneten, die Probleme der christlichen Existenz im Sozialismus ins Blickfeld zu bekommen. Hierbei möchte ich vor allem die Ethik von Professor Dr. Dr. Fritzsche hervorheben, die zusammen mit der „Christlichen und marxistischen Ethik“ von Emil Fuchs von großer Bedeutung ist. In letzter Zeit sind auch theologische Doktorarbeiten angenommen worden, die unter solchen Gesichtspunkten anzuführen sind; man denke nur an Dissertationen über Leonhard Ragaz, über die Kirchenpolitik Wilhelms I. oder über das Staats- und Gesellschaftsdenken russischer orthodoxer Theologen. Durch die Erklärung des Rates der Berliner Theologischen Fakultät von Ende 1961 sind gleichsam die hochschulpolitischen Voraussetzungen für einen solchen Durchbruch zu neuer Qualität in der theologischen Arbeit in der DDR geschaffen worden.

Evangelische Theologen nehmen regen Anteil an der Entwicklung des wissenschaftlichen Lebens in der DDR, was sich in der Berichtszeit etwa an ihrer Teilnahme an wissenschaftlichen Konferenzen zu Ehren von Melancthon und August Hermann Francke zeigte. In den Festschriften anlässlich der 150-Jahr-Feier der Berliner Humboldt-Universität und der 550-Jahr-Feier der Leipziger Karl-Marx-Universität befinden sich auch Beiträge von Theologen, in Berlin etwa von Unionsfreund Professor Fritzsche.

Umgekehrt beschäftigen sich nichtchristliche Wissenschaftler der DDR mit Fragen, die zur Kirchengeschichte gehören. Hierbei sei nur an die Tätigkeit der Kommission für spätantike Religionsgeschichte beim Institut für Griechisch-Römische Altertumskunde erinnert. Die Deutsche Akademie der Wissenschaften ist im übrigen dabei, eine Revision der Weimarer Luther-Ausgabe zu besorgen. Der Niemeyer-Verlag Halle darf das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, auf seine Weise die Veröffentlichung theologischer Literatur zu unterstützen. Junge marxistische Gesellschaftswissenschaftler greifen mehr und mehr Themen auf, die auch für die christlichen Bürger der DDR von großem Interesse sind; so wurde z. B. an der Berliner Universität eine Dissertation über die Evangelische Kirche und das

Problem der Judenverfolgung angenommen. Sie hat zustimmendes Echo auch unter Geistlichen ausgelöst.

Wer aufmerksam die kirchliche Presse verfolgt, der muß feststellen, daß so gut wie keine Woche vergeht, in der nicht irgendwo in der DDR ein Kirchenneubau eingeweiht, die Restauration eines Gotteshauses abgeschlossen oder ein Gemeindehaus seiner Bestimmung übergeben wird. Auch dabei hilft der Staat: entweder durch Erteilung der Baulizenzen oder durch finanzielle Beihilfe, vor allem dann, wenn es sich um die Erhaltung denkmalwerter kirchlicher Bauwerke handelt. Aus dem dafür zur Verfügung stehenden Fonds des Amtes für Denkmalpflege sind in den vergangenen fünf Jahren sechs Millionen DM gezahlt worden. Ein Mehrfaches dieser Summe haben die Räte der Bezirke aus ihren Haushaltsmitteln für den gleichen Zweck ausgegeben.

Zu den wichtigsten Restaurationsarbeiten zählte in dieser Zeit die Wiederherstellung des Freiburger Doms, der am 9. September vorigen Jahres in einem Festgottesdienst eingeweiht wurde. Aus dem Staatshaushalt waren dafür 100 000 DM bereitgestellt worden. Auch die vierjährigen Restaurationsarbeiten an der spätgotischen Stiftskirche in Karl-Marx-Stadt/Ebersdorf, bei der sich die staatliche Beihilfe auf 54 000 DM belief, wurden im Sommer dieses Jahres abgeschlossen. Allein im Bezirk Erfurt zahlte unser Staat seit 1958 1,7 Millionen DM zur Erhaltung historisch und architektonisch wertvoller Kirchen. Davon entfielen auf die Liebfrauenkirche in Arnstadt 138 000 DM. Weiterhin wurde ein Teil der Erneuerungsarbeit an der Erfurter Predigerkirche, am Dom, an der Severikirche sowie am Dom von Nordhausen finanziert. Im Bezirks Cottbus betragen diese Zuschüsse im gleichen Zeitraum 2,5 Millionen DM. In den zurückliegenden fünf Jahren wurden in diesem Bezirk vier katholische Kirchen, eine evangelische Kirche sowie drei evangelische Pfarr- und Gemeindehäuser neu erbaut. In der Stadt Rostock wurde in diesem Jahre der vierte kircheneigene Neubau seit 1954 in Gestalt des Pfarrhauses der Luthergemeinde fertiggestellt. Die diakonischen Anstalten in Züssow wurden durch ein Bruderhaus erweitert. In Thüringen weihte Landesbischof D. Mitzenheim zahlreiche neuerbaute Dorfkirchen. Auch die Freikirchen sind an diesem kirchlichen Neubauprogramm, dessen Realisierung häufig durch Arbeitseinsätze der Gemeindeglieder unterstützt wird, beteiligt. In Schöneck wurde kürzlich eine neue Methodistenkirche, in Neustrelitz ein baptistisches Gotteshaus fertiggestellt.

Lassen Sie mich diese eindrucksvolle Bilanz kirchlichen Lebens in der DDR beschließen mit einigen kurzen Hinweisen auf die Entwicklung der ökumenischen Beziehungen zwischen den Kirchen in unserem Staat und der Weltchristenheit.

Entsprechend der Grundlinie der Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik werden die ökumenischen Kontakte der Kirchen in unserem Staate mit internationalen kirchlichen Organisationen und christlichen Organisationen in anderen Ländern lebhaft begrüßt. Die demokratischen Kräfte haben

nicht nur Verständnis dafür, daß in einer Zeit, da die Welt immer „kleiner“ wird, das christliche Zeugnis in einer weltweiten Dimension Gestalt gewinnen muß, sondern sie betrachten solche Beziehungen vor allem auch als ein Mittel, die Verständigung unter den Völkern zu fördern und die Bereitschaft unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates zur Freundschaft mit anderen Staaten im Sinne der friedlichen Koexistenz zu bekunden.

In der Zeit zwischen 1958 und jetzt haben sich die Auslandsbeziehungen der Kirchen in der DDR wesentlich erweitert und vertieft, und es gibt keinen großen ökumenischen Kongreß, an dem nicht die Vertreter der Kirchen aus der DDR teilnehmen, wenn sie die Einreise in Staaten erhalten, die noch unter dem Druck der NATO diskriminierende Maßnahmen gegen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik ergreifen. Manchmal hätte man freilich gewünscht — und vielleicht darf ich mir diese Randbemerkung gestatten —, daß kirchliche Amtsträger, die tatsächlich von NATO-Staaten Einreisevisa erhielten, eine solche Gelegenheit benutzt hätten, um auf die merkwürdige Diskrepanz aufmerksam zu machen, die darin besteht, daß zwar häufig kirchliche Amtsträger die Einreise in solche Länder erhalten, nicht aber beispielsweise bedeutende Wissenschaftler unseres Staates.

An dem so bedeutsamen II. Vatikanischen Konzil haben die führenden katholischen Bischöfe der Deutschen Demokratischen Republik mit ihren Beratern teilgenommen, und schon in der Vorbereitung hat es zahlreiche Reisen sowohl von Klerikern als auch von Laien nach Rom gegeben. Auch an der Krönung von Papst Paul VI. hat der Berliner Erzbischof Dr. Bengsch teilgenommen, und er war einer der ersten Bischöfe der Weltkirche, der vom neuen Papst empfangen wurde.

An der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Neu Delhi Ende 1961 war eine repräsentative Delegation aus den Landeskirchen der Deutschen Demokratischen Republik zugegen, und zwei Kirchenmänner aus der DDR wurden in den Zentralausschuß des Weltkirchenrates gewählt.

34 führende kirchliche Persönlichkeiten aus der Deutschen Demokratischen Republik nahmen an der 4. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Helsinki teil; auch hier wurden zwei Vertreter der DDR-Landeskirchen in das Exekutivkomitee gewählt.

Als im Herbst 1961 in Oslo der Weltkongreß der Methodistenkirche stattfand, gelang es einer siebenköpfigen Delegation aus der Deutschen Demokratischen Republik, die Einreise zu erhalten.

Am 50. Jahrestag der Bischofsweihe des russischen orthodoxen Patriarchen Alexius weihte der thüringische Landesbischof D. Mitzenheim in der sowjetischen Hauptstadt. Er überbrachte dem Patriarchen die Glückwünsche der evangelischen Christen unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates.

Generalsuperintendent D. Günter Jacob, Verwalter im Bischofsamt der Evangelischen Kirchen Berlin-Brandenburg, und der Jenenser Theologieprofessor Dr. Horst Beintker hatten die Möglichkeit, an der IV. Tagung des Ausschusses „Glaube und Kirchenverfassung“ in Montreal in Kanada teilzunehmen.

Auch die Nyborger Europäische Kirchenkonferenz, der Baptistische Weltjugendkongreß in Beirut, ein Treffen der europäischen kirchlichen Presse in Österreich und viele andere ökumenische Kongresse wurden von bekannten kirchlichen Persönlichkeiten aus der Deutschen Demokratischen Republik besucht.

In zunehmendem Maße finden ökumenische Veranstaltungen auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik statt. Man denke nur an die bedeutsamen Veranstaltungen des Nordisch-Deutschen Kirchenkonvents, etwa in Bad Saarow, Erfurt und Greifswald, an den Internationalen Quäkerkongreß in Eisenach und an die Reisen vor allem amerikanischer und skandinavischer Kirchenmänner an die in der DDR gelegenen Lutherstätten.

Es ist selbstverständlich, daß Kirchenmänner aus der Deutschen Demokratischen Republik immer wieder die Möglichkeit haben, an internationalen Friedenskongressen säkularer und christlicher Organisationen teilzunehmen, und die Repräsentanten internationaler christlicher Friedensorganisationen sind immer gern gesehene Gäste in der Deutschen Demokratischen Republik. Das gilt vor allem für die Christliche Friedenskonferenz, deren Arbeitsausschuß in der Berichtszeit zweimal in der Deutschen Demokratischen Republik tagte. Darüber hinaus haben wir die Freude gehabt, daß sich einige der Studienkommissionen der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR konstituierten. Zu diesen Anlässen waren zahlreiche kirchliche Persönlichkeiten aus westlichen Ländern bei uns.

Auch der Internationale Kongreß des Christlichen Friedensdienstes in Holland wurde von DDR-Vertretern besucht, und führende Vertreter des Internationalen Versöhnungsbundes waren Gäste des deutschen Friedensstaates.

Wir betrachten diese und viele andere ökumenische Kontakte u. a. auch als ein Element für die Durchsetzung der friedlichen Lösung der deutschen Frage. Unter diesem Aspekt war es beispielsweise außerordentlich interessant, daß der junge baptistische Prediger Klaus Fuhrmann aus Potsdam auf dem Kongreß in Beirut die Forderung stellte, daß auch die Fahne der Deutschen Demokratischen Republik bei einer repräsentativen feierlichen Veranstaltung des Baptistischen Weltjugendkongresses gehißt würde, und im Olympia-Stadion von Helsinki war es sozusagen schon eine Selbstverständlichkeit, daß bei der Abschlußkundgebung des Weltkongresses der Lutheraner die Fahne der Deutschen Demokratischen Republik flatterte, auch wenn das einigen westdeutschen Ultras nicht gefiel.

So zeigt sich in der Tat, daß die ökumenischen Beziehungen der Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik sowohl ein echtes christliches Zeugnis der weltweiten Verbundenheit der Gläubigen darstellen als auch eine nicht unwichtige Möglichkeit der Bekundung des Friedenswillens der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung.

Die gesellschaftliche Aktivität evangelischer Persönlichkeiten hatte gleichsam auch ökumenische Konsequenzen. So nahmen an dem bedeutsamen Moskauer Völkerkongreß für den Frieden Oberkirchenrat Lotz, Pfarrer Dr. Frielinghaus und Dozent Dr. Hans Moritz teil. Auch die Tatsache, daß Pfarrer Dr. Kehnscherper stellvertretender Bezirksvorsitzender der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im Bezirk Neubrandenburg ist, kann in diesem Zusammenhang als christlicher Beitrag zur Festigung der Völkerfreundschaft hoch eingeschätzt werden.

\*

Wir haben uns als Geistliche und als Glieder der Kirchen in unserer Deutschen Demokratischen Republik heute hier in der Lutherstadt Wittenberg versammelt: nicht um etwa bestimmte Sonderinteressen der Christen zu formulieren und sie unserem Staat und unserer Gesellschaft zu präsentieren. Die eindrucksvolle Bilanz kirchlichen Lebens, die wir ziehen konnten, beweist zur Genüge, daß die Beachtung unserer berechtigten Anliegen in unserem Staat zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, über die wir — abgesehen von hin und wieder auftauchenden örtlichen Problemen, die in Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften an Ort und Stelle geklärt werden — nicht mehr zu diskutieren brauchen.

Wir sind zusammengekommen, um über unseren Beitrag zum weiteren Ausbau unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung, zur Festigung der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes, zur Lösung der Lebensfragen unserer Nation zu beraten. Diese Tatsache beweist besser als alles andere, welchen gewaltigen Schritt wir in den vergangenen Jahren nach vorn getan haben. Unsere Mitarbeit in der Gesellschaft hat eine neue Qualität gewonnen, weil wir selbst in der Zusammenarbeit mit allen anderen demokratischen Kräften, besonders mit unseren marxistischen Freunden, zu anderen, zu sozialistischen Menschen geworden sind und werden.

Im Wahlaufuf des Nationalrats der Nationalen Front wird sehr richtig gesagt: „Die Menschen wandeln nicht nur das Antlitz ihres Landes. Sie wandeln sich selbst.“ Jawohl, auch wir haben uns gewandelt. Die besten in letzter Zeit veröffentlichten Werke unserer jungen sozialistischen Nationalkultur bemühen sich, das neue Lebensgefühl des sozialistischen Menschen zu gestalten. Zu den Hauptmerkmalen dieses neuen Lebensgefühls

gehört das beglückende Sich-Bewußtmachen der großen Veränderungen, die sich um uns und an uns vollzogen haben und täglich neu vollziehen. Wer von uns müßte im Rückblick auf sein persönliches Leben heute nicht zu sagen: Ich habe neue Erkenntnisse gewonnen. Ich denke heute über vieles anders als vor zehn Jahren. Ich begreife immer besser, warum die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung für unser Volk richtig und notwendig ist. Vor allem aber: Ich habe viele neue Freunde gewonnen — besonders auch unter denen, die ich vor Jahren noch als meine Gegner ansah.

Lassen Sie mich an zwei Beispielen deutlich machen, wie tief gerade auch Christen in unserem Staat sich gewandelt haben, wie sie hineingewachsen sind in die große sozialistische Gemeinschaft, wie sie neue Erkenntnisse gewonnen haben, die sie zu klaren Entscheidungen führten.

Auf einer Tagung des Internationalen Christlichen Friedensdienstes in Holland sagte ein junger Vikar aus der DDR im Gespräch mit Christen aus westlichen Ländern, als Nachkömmling einer mecklenburgischen Großgrundbesitzerfamilie sei es ihm nicht immer leichtgefallen, sich in der neuen Welt des Sozialismus zurechtzufinden. Aber er habe in seiner Jugend etwa an der Behandlung von Tagelöhnern auf mecklenburgischen Gütern etwas erlebt von der großen Schuld, die das deutsche Junker- und Bürgertum gegenüber der Arbeiterklasse und den Bauern auf sich geladen habe. Er könne nur dadurch etwas von dieser Schuld abtragen helfen, daß er seine Kräfte und Fähigkeiten in den Dienst des deutschen Staates stelle, in dem die Arbeiter und Bauern eine bessere Gesellschaftsordnung gestalten. Er sei froh darüber, daß es für Menschen aus dem Bürgertum immer mehr Möglichkeiten für eine solche Mitarbeit gebe. Menschen, die aus diesen Klassen stammten und die heute vor solcher verantwortlichen Mitarbeit flüchteten, vollzögen im Grunde genommen den Verrat an den Arbeitern und Bauern noch einmal. — Danach gefragt, worunter denn die Christen in der DDR zu leiden hätten, antwortete dieser Vikar, sie litten am meisten darunter, daß es in manchen Kirchenleitungen noch einzelne reaktionäre Kräfte gebe, die durch ihre Aktionen das rechte christliche Zeugnis unglaubwürdig zu machen und den von ihm beschriebenen Weg des Dienstes und der Bewährung zu versperren drohten.

Wann wären vor zehn Jahren solche Worte von einem Christen aus der DDR auf einer ökumenischen Konferenz gesprochen worden! Welches Maß geistiger und geistlicher Bewältigung unserer Probleme steht hinter diesem Zeugnis!

Auf der Tagung des Nationalrates vor wenigen Tagen führte der Assistent an der Theologischen Fakultät der Universität Rostock, Gert Wendelborn, vor den führenden Vertretern unserer sozialistischen Volksbewegung im Blick auf die Haltung der kommunistischen und Arbeiterparteien gegenüber der Politik der Führer der Volksrepublik China aus:

„Ich muß gestehen, daß mich die Lektüre des offenen Briefes des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die Verlautbarung der Sozialistischen Einheitspartei in dieser Frage innerlich tief bewegt haben, denn sie sind Ausdruck einer Verantwortungsfreudigkeit und einer Menschlichkeit, wie wir sie unter Politikern wohl in der bisherigen menschlichen Geschichte nicht gefunden haben.

Wenn ich die Geschichte des Kommunismus in den letzten Jahren und die Politik der führenden kommunistischen Politiker betrachte, so kann ich nur sagen, daß diese Politik immer menschlicher, immer vernünftiger, immer klarer und weiser geworden ist. Und man kann es auch der christlichen Kirche nur wünschen, daß auch ihre Einstellung zur Wirklichkeit immer klüger und weiser werden möge; denn ich weiß als Christ und evangelischer Theologe, daß in unserem christlichen Glauben große Schätze verborgen sind, daß eine große Kraft darin enthalten ist, die den Menschen viel Nützliches und Helfendes bieten kann. Es ist mein Herzensanliegen, dazu beizutragen, daß diese Schätze wirklich zur Geltung kommen mögen.“

Wenn wir diese ebenso klaren wie bewegenden Worte vergleichen mit dem, was viele Christen vor zehn Jahren über den Kommunismus gedacht und gesagt haben, dann können wir auch hier nur erneut feststellen: Wir sind alle seit dieser Zeit gewachsen! Hinter unseren Wandlungen stehen die Erfahrungen, die wir gemacht haben, allem voran die beglückende Erfahrung der brüderlichen Verbundenheit mit unseren marxistischen Freunden.

Wir sollte uns einmal vergegenwärtigen, daß der Beginn dieser unserer Zusammenarbeit nach 1945 von beiden Seiten her ein Wagnis war — ein Wagnis vor allem auch auf seiten unserer marxistischen Freunde, die in den Kämpfen ihres Lebens die führenden Vertreter der Christenheit zumeist als ihre politischen Gegner erlebt hatten. Das Mißtrauen und die Mißverständnisse, die auf Grund der besonderen historischen Entwicklung zwischen beiden standen, konnten nur dadurch Schritt für Schritt überwunden werden, daß Menschen von beiden Seiten aufeinander zingingen, daß sie miteinander arbeiteten, daß sie sich zusammenfanden im gemeinsamen Ringen um eine friedliche Welt. So ist eine Gemeinsamkeit gewachsen und damit eine neue Wirklichkeit entstanden, die zu den größten Errungenschaften unserer Entwicklung gehören.

Daran sollten wir vor allem denken, wenn wir am 20. Oktober den Kandidaten der Nationalen Front unsere Stimme geben. Auch die Art unserer Wahlen stellt etwas Neues dar, das den Wahlen im kapitalistischen Staat weit überlegen ist. Wir haben das unselige Gegeneinander, das jenen Staat charakterisiert, überwunden. Das muß sich auch ausdrücken in unseren Wahlen. Weil wir jahrelang miteinander gearbeitet haben, schreiten wir auch gemeinsam zur Wahl, geben wir unsere Stimme den gemeinsamen Kandidaten. Wer dies begriffen hat, für den sollte

es gerade auch als Christen und als Geistlichen eine selbstverständliche Verpflichtung sein, am 20. Oktober für die Vertiefung unserer Gemeinschaft in der Nationalen Front zu stimmen.

Wenn wir auf das Erreichte zurückschauen, dann können wir als Christen heute bekennen: Unsere Mitarbeit hat sich gelohnt. Wir sind stolz, Bürger unseres ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates zu sein, die dieselben Pflichten und die gleichen Rechte haben wie jeder andere Bürger im Dienst für den Frieden und unser Volk. Daß wir das heute so sagen und feststellen können — das ist der schönste Lohn für unsere Mitarbeit.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Behuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 67 Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale — Das Gespräch des Vorsitzenden des Staates, Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961
- 68 Alwin Schaper: Antikommunismus — Instrument der Kriegsvorbereitung
- 70 Dr. Helmut Roob: Erbe und Vorbild — Der frühbürgerliche Humanismus in der Sicht unserer Zeit

- 71 Siegfried Welz: Kubas Weg in die Freiheit
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 78 Gerald Götting: Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit in Deutschland – Die Kirche und das Nationale Dokument
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 86 Die Christlich-Demokratische Union in der Deutschen Demokratischen Republik
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 93 Dr. Eberhard Bock: Lebendiger Glaube – tätige Liebe (Zum 300. Geburtstag von August Hermann Francke)
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 96 Die Friedensbotschaft des Papstes
- 97 Walter Bredendiek: Die Friedensappelle deutscher Theologen von 1907/08 und 1913
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945

Verkaufspreis 0,50 DM – Doppelheft 1,- DM